

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig monatlich
3.- Reichsmark voraus zahlbar.
Unter Streifenband im In- und
Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten
Sonntagsbeilage „Voll und Feil“
sowie den Beilagen „Unterhaltung
und Wissen“, „Aus der Filmwelt“,
„Krautstümmel“, „Der Rinder-
streich“, „Jugend-Vorwärts“, „Bild
in die Arbeiterwelt“ und „Kultur-
arbeit“ erscheint wochentags ein-
mal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonoppositio-
nelle 80 Pfennig, Reklametexte
5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“
das fettdruckte Wort 15 Pfennig
laufende zwei fettdruckte Worte
jedes weitere Wort 12 Pfennig.
Stellenanzeigen das erste Wort
15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte.
Verkaufsmarkt Seite 60 Pfennig.
Familienanzeigen für Wohnanzeigen
Seite 60 Pfennig.

Anzeigenannahme im Hauptgeschäft,
Lindenstraße 3, wochentags von
8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 5. November 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin 57 536 - Verkaufsstellen: Post der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65; Diebstahl-Gesellschaft, Popowitschstraße 2.

Reaktion in Deutsch-Oesterreich.

Eine Darstellung des 15. Juli beschlagnahm. — Massenstrafverfahren gegen die Arbeiterzeitung.

Wien, 4. November. (Eigenbericht.)

Vor kurzem ist eine ausgezeichnete Darstellung der Wiener Justizschlacht aus der Feder des Genossen Julius Braunthal, der das „Kleine Blatt“ leitet, erschienen. Heute hat die Staatsanwaltschaft dieses Buch wegen 33 Stellen konfisziert. Unter den beschlagnahmten Stellen sind besonders auch Photographien der einleitenden und schließenden Polizei, ihrer Dum-Dum-Geschosse, der Todesopfer und ihrer Ruhestätte in dem von der Gemeinde Wien gewidmeten Ehrengrab; aber beschlagnahmt ist auch die dem Berliner „Vorwärts“ entnommene Karikatur Sepeis, der seine blutigen Hände in Unschuld wäscht.

Nach dem Geheiß der Republik muß der Beschlagnahme die Anklage vor dem Schwurgericht folgen. Braunthal ist bereits wegen mehrerer Artikel des „Kleinen Blattes“ angeklagt; für mehrere Artikel der „Arbeiter-Zeitung“, die zu einer Anklage gegen den verantwortlichen Zeichner des Redakteur benutzt worden sind, hat Chefredakteur Kustelich die Verantwortung als Verfasser übernommen.

Die Bürgerblöcker schwänzen.

Wien, 4. November.

Im Nationalrat waren zur ersten Lesung des Budgets für 1928 nur wenige Abgeordnete der Mehrheitsparteien anwesend. Genosse Danneberg hielt eine nahezu zweistündige Rede, worauf die Sozialdemokraten Schluß der Sitzung beantragten. Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung auf 10 Minuten, da die Regierungsparteien fehlten. Während der Pause kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Sozialdemo-

kraten und den anwesenden Mehrheitsparteilern. Als der Präsident die Sitzung wieder eröffnete, verlangten die Sozialdemokraten Auszählung und verließen den Sitzungssaal. Schriftführer Genosse Sever stellte 52 Anwesende fest. Unter diesen waren noch einige christlichsoziale Abgeordnete in den Saal gekommen, so daß der Schriftführer der Mehrheitsparteien 56 Anwesende und damit die Beschlussfähigkeit konstatieren konnte. Sever, der von den Sozialdemokraten allein im Saal war, protestierte dagegen, doch nahm der Präsident die Verhandlung auf, und Finanzminister Dr. Kienböck erwiderte vor den leeren Bänken der Sozialdemokraten auf die Ausführungen Dr. Dannebergs.

Demonstrationsverbot in Wien.

Wien, 4. November.

Die von den Kommunisten für den 7. d. M. geplante Freier des zehnten Jahrestages der russischen Revolution auf dem Rathausplatz mit anschließendem Fackelzug über den Ring hat die Wiener Polizei verboten. Die Begründung wies auf die Ereignisse vom 15. und 16. Juli hin und betont, daß die noch immer andauernde Beunruhigung der Bevölkerung durch solche Veranstaltungen gesteigert würde.

Die Sozialdemokratie beruft in die beiden größten Arbeiterdortel Wiens auf diesen Sonntagvormittag Volksversammlungen ein mit der Tagesordnung: „Zehn Jahre Sowjetrußland“. Redner sind die Genossen Otto Bauer und Wilhelm Ellenbogen.

Eisenbahnerkampf in der Tschechoslowakei.

Passive Resistenz auf den Staatsbahnen.

Prag, 4. November. (Eigenbericht.)

Die Exekutive der koalitierten Eisenbahnerorganisationen gibt am Freitag ein Kommuniqué aus, in dem es heißt, daß die begonnene Aktion fortgesetzt wird, d. h. die passive Resistenz auf den Staatsbahnen weiter andauert. Die Organisationen teilen die passive Resistenz nach einem bestimmten bisher geheimgehaltenen Plan, nach dem zunächst nur die größeren Bahnhöfe und gewisse wichtige Punkte in die Aktion einbezogen werden. Vorläufig sind größere Verkehrsleistungen nicht zu erwarten, nur an allgemeinen Verspätungen im Zugverkehr merkt man das Einsetzen des Kampfes. Es ist aber möglich, daß schon bis Sonntag die Durchgangsbahnhöfe verstopft sind und der internationale Schnellzugverkehr unterbrochen wird.

Die Exekutive der Eisenbahner tagt in Permanenz. Die Oeffentlichkeit steht dem Kampf der Eisenbahner trotz der zu erwartenden Verkehrsstörungen sympathisch gegenüber, da man allgemein die Regierung für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich macht. Die gewerkschaftlichen und parlamentarischen Vertreter der Eisenbahner hatten sich bis zuletzt bemüht, zu einem Vergleich zu kommen. Die Regierung machte aber nicht das geringste Zugeständnis, so daß es zum offenen Kampf kommen mußte. Es scheint übrigens, daß auch die Postbeamten in den Kampf eingreifen werden.

Der Kampf der 130 000 Eisenbahner richtet sich gegen die neue Dienstordnung, durch die die Eisenbahner gegenüber den übrigen Staatsbeamten zurückgesetzt wurden.

Der Rücktritt Franklin Bouillons.

Brandmarkung durch die radikale Partei.

Paris, 4. November. (Eigenbericht.)

Die Kammer hat am Freitag die Diskussion der eingebrachten Interpellationen mit einer Debatte über Auto-Unfälle und ähnliche Dinge von gleicher Wichtigkeit begonnen. Sie hat durch ihren Verzicht, das ihr zustehende Kontrollrecht durch die seit langem erwartete Auseinandersetzung über die zahlreichen einer Klärung harrenden politischen Fragen praktisch auszuüben, nicht dazu beigetragen, ihr stark gesunkenes Prestige zu erhöhen.

Ziel besprochen wird die Affäre Franklin Bouillon. Die sozialistisch-radikale Fraktion hat eine längere Resolution angenommen, in der die Begründung, die Franklin Bouillon seiner Demission gegeben hat, als unzulässige Entstellung des wahren Sachverhalts bezeichnet wird; die Partei protestiert gegen die unerbörten Unterstellungen, mit denen Franklin Bouillon seinen Beschluß rechtfertigen zu können glaubt. Sie hat mehr als irgend jemand zur Sicherung und Festigung des Friedens beigetragen. Sie proklamiert ihr Vertrauen in das Werk und die Zukunft des Völkerverbundes, in die europäische Wiederaufrichtung auf dem Wege der Wiederannäherung der Länder und der Versöhnung der ehemaligen Kriegführenden.

Die Frage der Nachfolge Franklin Bouillons als Präsident der Luftenkommission ist noch nicht geklärt. In offiziellen Kandidaturen liegt bisher nur die des sozialistischen Abg. Paul Boncour vor. Als eventuelle Gegenkandidaten werden neben Boucheur der Radikalsozialist Wilhelm genannt. Man hält die Wahl Paul Boncour für gesichert, da in einer Stichwahl die gesamte bürgerliche Linke für ihn eintreten dürfte.

Franklin Bouillon gründet eine „Unionistische“, die „überparteilich“ sein soll.

Ungarischer Wahlschwindel.

Das Mandat eines Staatssekretärs ungültig.

Budapest, 4. November.

Der Verwaltungsgerichtshof hat nach Untersuchung der Vorgänge bei den Wahlen im Bezirk Bacz das Mandat des Staatssekretärs Szabolcsannulliert und ihm die Tragung der Kosten des Verfahrens (30 000 Pengö) auferlegt. Das Verfahren war von den Anhängern des Grafen Andrássy, des ehemaligen Kandidaten des Bacz Bezirks, mit der Begründung beantragt worden, daß bei den Wahlen Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Am Wahltag selbst war es außerdem zu Zusammenstößen zwischen Gendarmen und Wählern gekommen, bei denen mehrere Personen getötet wurden.

Werbefundgebungen der SPD.

Heute, Sonnabend, den 5. November:

Tiergarten: 17½ Uhr Antreten zum Werbeumzug mit Fackeln und Musik Kleiner Tiergarten. — Die Mitglieder werden erlucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. Die beauftragten Genossen holen um 17½ Uhr die Fackeln von Krüger, Pustischstraße 10, ab.

Arcuzberg: 17½ Uhr Antreten zum Werbeumzug Fontanepromenade.

Lichtenberg: Großer Werbeumzug. Treffpunkt Sonntagstraße (an der Jugendbühne). — Abmarsch pünktlich 18 Uhr.

Baumshulenberg: 18½ Uhr Werbeumzug mit Fackeln und Musik. — Abmarsch Waldede Baumshulenbergstraße.

Morgen, Sonntag, den 6. November:

Wedding: 15 Uhr im Humboldthain, an der Kodelbahn. Redner: Wilhelm Solmann, M. d. R., und Ernst Heilmann, M. d. V.

Abmarsch: 14½ Uhr Zeppelinfeld, 14¼ Uhr Uferstraße Ecke Martin-Opitz-Straße, 14¼ Uhr Dinstaplatz.

Baumshulenberg: 10 Uhr im Saal des Kinos, Baumshulenbergstraße. Redner: Rudolf Hilsberg, M. d. R.

Plutokratie und Korruption.

Ein Skandalprozeß in Amerika — und seine Lehre für Deutschland.

Alles wie in einem Detektivroman: Auf der Anklagebank sitzen ein Petroleumkönig und ein gewesener Minister. Die Anklage lautet auf „verbrecherische Verschwörung zum Zweck des Betruges an der Regierung“. Schon wochenlang dauern die Gerichtsverhandlungen, bald verhandelt in der Langeweise ausgefüllter juristischer Spitzfindigkeiten, bald wieder auflebend in spannenden Situationen. Die ganze Sache ist aber schon viel zu alt, die Spannung läßt immer mehr nach. Dann platzt die Bombe. Eine Erklärung des Oberstaatsanwalts: Es wird versucht, die Geschworenen zu bestechen. Einer von den Geschworenen soll schon zugegeben haben, daß er im Falle der Freisprechung mindestens ein Auto zu bekommen hoffe. Die Geschworenen werden von sechzehn (!) Detektiven bespitzelt, mit dem Zweck, Erpressungsmittel gegen sie zu finden. Auf diese Erklärung hin werden die Verhandlungen unterbrochen. Die Richter beraten über die Lage und fassen am nächsten Tage den Beschluß, den Prozeß mit neuen Geschworenen von neuem anzufangen. Und das ist kein Detektivroman, sondern ein Stück Leben. Das ist die letzte amerikanische Sensation, die neueste Wendung im Prozeß gegen den Petroleumkönig Sinclair und den früheren Innenminister Fall. Die Hauptsache ist aber, daß das Ganze nichts Absonderliches ist, sondern bloß eine äußerst trasse Auswirkung eines bestimmten Systems, nur ein über das gewöhnliche Maß hinausgehendes Beispiel seiner Folgen.

Es sind keine Abtrünnigen, keine entarteten Individuen, alle diese handelnden Personen des Petroleumskandals, sondern typische Vertreter der amerikanischen Gesellschaft, große amerikanische Geschäftsleute und geriffene Politiker. Sinclair ist kein Hochstapler, sondern ein mächtiger Vertreter des Großkapitals, vielleicht nicht einmal rücksichtsloser als die Mehrzahl seiner Klassengenossen. Und Fall war ein Minister, nicht schlechter als viele andere. Es war sein Unglück oder seine Ungeschicklichkeit, daß er erwischte wurde und dadurch vor Gericht kam. Zwei seiner Kollegen, die sozusagen „mittrommittiert“, aber nicht überführt wurden, haben nur ihre Ämter eingebüßt. Und was hat Fall gemacht? Er hat die für die Bedürfnisse der amerikanischen Flotte reservierten Petroleumfelder privatkapitalistischen Händen überlassen. Das gehörte aber zur Tradition. Jahrzehntlang wurde in Amerika das Staatseigentum so gut wie umsonst den privaten Händen übergeben. Fall hat dafür Geld bekommen, was bewiesen wurde. Das war natürlich schlimm — besonders, daß es bewiesen wurde. Damit hat Fall schon ein unzweifelhaftes Verbrechen begangen: er hat das direkt gemacht, was die anderen nur auf Umwegen zu machen pflegen. Vielleicht war er sich dessen gar nicht bewußt, daß er ein Verbrechen begangen hat. Ebenso wie alle seine Kollegen hat er sich für einen Angestellten des Großkapitals gehalten. Und in Amerika bedeutet das, auch Angestellter einzelner Kapitalisten zu sein. Fast alle einflußreichen Politiker waren gestern noch angestellt in dem einen oder anderen Trust, in einer großen Industrie-gesellschaft oder in einem Bankinstitut, und werden es morgen wieder sein.

Als der „starke Mann“ sitzt in der gegenwärtigen Regierung einer von den Gewaltigen der Schwerindustrie und von dem Duzend der reichsten Leute Amerikas, der „Aluminiumkönig“ Mellon. Die Bankiers werden zu Ministern oder Botschaftern, Minister und Botschafter zu Bankiers. Das ist nach dem Botschafterposten in London Rechtsbeistand bei Morgan geworden und war Angestellter bei Morgan, als er für die Präsidentschaft kandidierte. Hughes ist zum juristischen Berater des größten Petroleum-trusts geworden, nachdem er die Leitung der amerikanischen Außenpolitik aufgegeben hat. Und das alles ist so natürlich, daß es niemandem auffällt, das Groteske in der Situation zu sehen, daß dieser Rechtsbeistand der Petroleuminteressen die nordamerikanische Delegation auf der Panamerikanischen Konferenz führen wird, wo die Vertreter von Ländern, in denen die Politik des Petroleumkapitals am meisten verhaßt ist, zusammenkommen werden. Die persönliche Integrität von Hughes ist allgemein bekannt, beinahe sprichwörtlich, er ist aber in seinem ganzen Handeln völlig in das System der Plutokratie eingereicht. Ist es aber bei einem Politiker so, dann ist der Weg von seiner persönlichen Integrität über einige Zwischenstufen zur Korruption klar vorgezeichnet.

Fall hat ein paar Kapitalisten gewisse Dienste geleistet, was er wahrscheinlich für seine heilige Pflicht hielt. Man sagt: er war bestochen. Man kann aber sagen: er hat dafür sein Honorar bekommen. Das war sein Verbrechen. Ist es aber wesentlich anders, wenn ein anderer auch einzelnen Kapitalisten oder kapitalistischen Organisationen Dienste leistet, ohne sich dafür direkt und sofort bezahlen zu lassen, aber in der sicheren Gewißheit, daß er später für seine Verdienste durch einen ertragreichen Posten belohnt werden wird? Es gehört zum System der Plutokratie, daß, wer dem Kapital treu und redlich dient, dafür belohnt, und wer das nicht tun

will, versemst und verfolgt wird. In der Plutokratie ist die Korruption keine Ausnahmeerscheinung: sie gehört zum System.

Die Plutokratie ist in Amerika aber eingeschränkt — durch die politische Demokratie, durch die Notwendigkeit, die Wähler zu gewinnen. Man kennt zwar drüber auch die Korruption bei den Wahlen, manchmal in gigantischen Ausmaßen, das allein genügt aber nicht. Etwas muß für das abstimmende Volk getan werden, man muß ihm eine gewisse Rücksicht erweisen. In den letzten Jahren fängt dieses abstimmende Volk an, gegen die Korruption zu rebellieren. Es ging zu weit, wurde zu viel gesündigt, jetzt muß etwas für die beleidigten Gefühle geschehen. Deshalb eine Reihe von Untersuchungen, deshalb die breite Publizität im Petroleumskandal und dieser Prozeß gegen Fall und Sinclair. Das System wird jedoch dadurch nicht gebrochen. Seine Existenz hängt auch nicht davon ab, welche Partei am Ruder ist. In beiden Parteien gibt es wie plutokratische so auch demokratische Elemente. Die Plutokratie hat es aber bis jetzt immer fertig gebracht, sich schließlich unter allen Umständen durchzusetzen. Wilson hatte bei all seinem Konföderativismus eine ausgesprochen antiplutokratische und anti-imperialistische Gesinnung; sein Schwiegervater Mac Adoo, der auch Minister in seinem Kabinett war, war aber gleichzeitig Angestellter einer Petroleumfirma. Und wenn jetzt von demokratischer Seite zwar keine radikale, aber jedenfalls im wahren Sinne des Wortes demokratische und bestimmte antiplutokratische Präsidentschaftskandidatur von Smith aufgestellt wird, so findet sie starke Widerstände innerhalb der demokratischen Partei selbst.

Für uns sind alle diese amerikanischen Dinge ein erschreckendes Beispiel und eine Warnung. Es läßt sich nicht bestreiten, daß die bürgerlichen Regierungen in der deutschen Republik starke Tendenzen zeigen, sich in der Richtung zur Plutokratie zu entwickeln. Und wenn diese Ansätze nicht entwickelt wurden, so ist das einzig und allein das Verdienst der Sozialdemokratischen Partei. Ansätze, und zwar nicht unbedeutende, sind aber da. Von den Ruhrkrediten und Ruprentschädigungen angefangen, haben wir in der Subventionenpolitik und in den verschiedenen Arten der Bergquidung der Politik mit dem Geschäft (Zündholzmonopol) Versuche gesehen, auch bei uns ein System der legalisierten Korruption aufzustellen. Diese Versuche hören nicht auf, und es bleibt eine eminent wichtige politische Aufgabe, den Kampf gegen die Korruption in allen Formen und namentlich für die scharfe Trennung und Fernhaltung der Politik vom Geschäft zu führen. Trösten wir uns nicht damit, daß wir Gott sei Dank nicht Amerika sind. So ganz „unamerikanisch“ sind weder unsere Kapitalisten noch unsere Bürgerblockpolitiker. Auf die Moral des einzelnen darf man sich in solchen Dingen nicht verlassen; hier gilt es, durch den politischen Kampf dem Einfluß des „Geschäftes“ auf die Politik Grenzen zu setzen.

Hoffbefehl gegen Sinclair.

Washington, 4. November.

Gegen den Desindustriellen Sinclair, der am Mittwoch Washington verlassen hatte, wurde Hoffbefehl erlassen in Verbindung mit der Anklage wegen des Versuchs, Geschworene zu beeinflussen und zu bestechen. Mit ihm im Zusammenhang wird einer seiner Agenten, Henry Mason Day, des Verbrechens beschuldigt, Geschworene beeinflusst zu haben. Der Hoffbefehl gegen Sinclair wurde erlassen, nachdem Richter Raccoy vom Obergericht des Districts Columbia entschieden hatte, Day brauche vor dem Gericht die Frage nicht zu beantworten, wen er als Leiter des Detektivinstituts bei der Anstellung von Privatdetektiven vertreten habe.

Bereits wieder aufgehoben!

Washington, 4. November.

Der Hoffbefehl gegen Sinclair wurde auf Anweisung des Districtanwalts widerrufen.

Béla Keiny.

Von Ilés Kaczer.

Der Ungarn kennen ihn als Komponisten der Ady-Lieder. Hier draußen beginnt man ihn von einer anderen Seite kennenzulernen. Er ist der Musikanst der Revolution. Das Proletariat Wiens hat ihn schon ins Herz geschlossen. Jetzt unterwirft sich ihm auch die schwerere zu gewinnende deutsche Arbeiterschaft. Wo immer sein struppiger Oberkopf über den Lasten aufsteht und unter seinen markigen Fingern die Fartes aufsteht, Pianos in Seufzern hinstirbt, da horcht die Menge auf: das ist unser Mann! Sein Klang klingt aus dem Innern auf, aus den geheimsten Tiefen unserer eigenen Seele. Einhalb Stunden lang wühlt er all das auf, was in uns verborgen ist. Sehnsucht, Sehnen, Leid, Grimm und Hohn, geballte Fäuste und kampfbereite Entschlossenheit; all dies bannst Béla Keiny kraft seines Schöpferwillens in Lieder. Er bringt eine ganze Reihe deutscher, französischer und chinesischer revolutionärer Dichter mit sich auf Podium, und wie er sie nacheinander zu Wort kommen läßt, hört man immer die Stimmen zweier Schöpfer, zweier Künstler, die ganz eins geworden sind. Er ist all denen verwandt, die das Leben ihrer Befehle, die zum Lichte streben.

Man braucht nur einen Blick auf seine Hörerschaft zu werfen. Hier, fünfshundert Arbeiter, Männer, Frauen und Mädchen sitzen dicht gedrängt auf den harten Holzbanketen und lauschen in atemloser Stille wie in der Kirche. Olga Hajeggs angenehmer Sopran und Fritz Lunzers voller Bariton sind erstklassiges Material. Färbung, Klang und Wärme ihrer Stimmen wirken um vieles eindringlicher und wahrer, sobald sie die Lieder von Keiny singen. Aus dem Flügel klingen magische Töne auf, in denen die Stimmen der beiden Sänger wie in überirdischem Klang zu baden scheinen.

Um wie vieles ernster, breiter und vollkommener ist dieser Keiny geworden, seit er die biblischen, vertriebenen und von Lebensfurcht erfüllten Gesänge des Ungarns Ady vertont hat. Was er schreibt, ist die breite, tiefe Melodie des Mannes. Und breit und mächtig ist seine Brust, wenn er die großen Dichter der Erde an sein Herz drückt. Dieser mächtige, struppige, lebensschaffende, bis zur Größe aufrechtstehende Mensch ist eitel Güte und Bescheidenheit, Kraft und Fröhlichkeit. Keiny wie eine Männerfaust und zart wie ein geübter Pianist. Den Massengesang von Hunderttausenden bringt er genau so zum Ausdruck wie den ersterbenden Hauch einer einzelnen fröhlichen Seele. Er schlägt zwischen sich und dem Dichter, zwischen Dichter und Publikum musikalische Brücken. Niemand vermag die tiefste Dehnung, die tiefste Blumenumrankte Leid, die Ironie Erich Mühsams und Klubs Entschlossenheit so auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen wie Béla Keiny im Programm eines einzigen Abends.

Da ist Dehmels Gruselied: „Mahl, Mühle, mahl!“ fünf kurze, gedämpfte Strophen. Terzinen, Miniaturen. Keiny haucht ihnen seinen Atem ein, und sie werden breit und schlagen an den Himmel. Monumental. Argandlampen davor und doch etwas anderes: Licht- und Wärme. „Krieg in der Wüste.“ Dieses Lied ist kein Lied. Und dabei schwarz, von Rädern und Schrammosen. Dazwischen blüht der Schmelz, von dem das Blut tropft. Hier gibt Keiny Monumentalität des Schauderns. „Es kommt das Entgegen!“ hat er

Der Rechtsbruch von Kattowik.

Die Sozialdemokraten protestieren, erhalten aber deutsche Kontrolle aufrecht.

Kattowik, 4. November.

In dem sozialdemokratischen Organ „Der Volkswille“ veröffentlicht die sozialdemokratische Partei eine Erklärung, in der es heißt:

„Der Protest der deutschen Wahlgemeinschaft ist nicht unberechtigt, wenn uns die Verweigerung der Mitarbeit auch zu weitgehend erscheint. Man braucht durch Mitarbeit noch lange nicht ein Unrecht anzuerkennen. Von diesem Gesichtspunkt aus haben sich die Vertreter der deutsch-sozialdemokratischen Arbeiter leisten lassen, als sie ihre Mitarbeit an der kommissarischen Stadtverordnetenverwaltung zusetzten. Selbstverständlich werden sie ihrer Meinung in der ersten Sitzung der kommissarischen Stadtverordneten dahin Ausdruck geben, daß sie in der getrossenen Zusammenlegung eine Vergeßlichkeit der deutschen Minderheit sehen. Würde dem Boiwoden auch nur ein Funke von Demokratie eigen sein, so hätte er die Zusammenlegung anders bestimmt. Die Auflösung ist nichts anderes als ein Akt,

eine deutsche Mehrheit in eine Minderheit und die polnische Minderheit durch eine Verordnung in eine Mehrheit zu verwandeln.

Und darum ist auch der Schritt der deutschen Gemeinschaft verständlich, wenn er auch unseren Anschauungen nicht zusagt. Wir wollen durch unsere Teilnahme eine Kontrolle haben, ob die ernannte Stadtverordnetenversammlung ein Institut zur Vertretung der Rechte der Bevölkerung sein wird, oder ob hier die Jagd nach Ämtern weiter betrieben werden soll. Die bisherigen Erfahrungen lassen darauf schließen, daß nur die Polonisierung sorgfältig wird und von der künftigen Arbeit der kommissarischen Stadtverordnetenversammlung hängt unsere Mitarbeit ab. Sie ist kein Freischein oder gar eine Anerkennung der Entscheidung des Boiwoden oder des Boiwodschafstrottes. Wir billigen die Eingabe des Deutschen Volksbundes an das Minderheitenamt des Reichsbundes und wir werden ja sehen, wie sich nun die Rechtsbeugung der Boiwodschafstrottsbehörde gegen die Minderheit vor den internationalen Instanzen gestalten wird.“

Anwaltsverleihinstitut Sachs.

Wie man Interessenskollision umgeht.

Der Untersuchungsausschuss des Preussischen Landtags setzte gestern vormittag die Zeugenvernehmung im Falle Pannier fort. Es wurden der Rechtsanwalt Grünwald, Verteidiger des Verurteilten Aschenkampf, und dieser selber vernommen. Aschenkampf sagte in der bestimmtesten Weise aus, daß er sich an den Rechtsanwalt Themas zwecks Uebernahme der Verteidigung gewandt hatte. Der Brief an Themas ist aber auffälligerweise von der Gefängnisverwaltung acht Tage lang zurückgehalten worden. Nun erschien ebenso auffällig in der Zeile des Aschenkampf Rechtsanwalt Sachs. Er selbst könne zwar nicht verteidigen, da er bereits andere Angeklagte in dem Prozeß vertreten und Interessenskollision bestände, aber er bot gleich in der Person des Rechtsanwalts Grünwald einen Vertreter an. Hierdurch und durch das Angebot der Kostenlosigkeit, sei er, Aschenkampf, bereit gewesen, von Themas abzusehen und den von Sachs empfohlenen Rechtsanwalt Dr. Grünwald als Verteidiger zu nehmen.

Ein ganz ähnliches Bild bot die Vernehmung des Zeugen Töpfermeisters Schöppe, des Schwagers des Verurteilten Schirmann.

Die Verhandlung ergab, daß in beiden Fällen es der Mitangeklagte Fährlich Keder, wie auch in den früheren, gewesen ist, der den Rechtsanwalt Sachs mit der Verteidigung seiner Mitangeklagten angeht beauftragt und aus unbekanntem Quellen die sehr erheblichen Geldmittel für die Verteidigung beschafft hat. Immer klarer ergibt sich das Bild, daß Rechtsanwalt Sachs befreit war, die Verteidigung möglichst sämtlicher Angeklagten zunächst in

seine Hand zu bekommen, um sie dort, wo er selber wegen Interessenskollision sie formal nicht beibehalten konnte, an ihm genehme Substituten zu verteilen. Diese Substituierung könne natürlich die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Organisation der gesamten Verteidigung in den Händen des Rechtsanwalts Sachs gelegen hat, der auch die Verteidiger für die Angeklagten bestellte, deren Interessen mit denen seiner eigenen Mandanten kollidierten.

„Frauen, die man nicht heiraten soll.“

Che mit einer Kommunistin Hochverratsverdacht!

Celzig, 4. November.

Vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts hatte sich in zweitägiger Verhandlung der ehemalige Polizeiwachmeister Wunderlich aus Plauen i. V. wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Vergehen gegen das Republikstrafgesetz und Beamtenbestechung zu verantworten. Wunderlich hatte mit der kommunistischen Stadtverordneten Bäumer ein Liebesverhältnis angeknüpft und sie später geheiratet. Mit seiner vorgesetzten Dienstbehörde hatte er deswegen Auseinandersetzungen, da die Bäumer im Verdacht stand, unter der Polizeibeamtenschaft Verheerungsarbeit in kommunistischem Sinne zu betreiben; Wunderlich sollte aus diesem Grunde im Februar 1927 nach Chemnitz versetzt werden.

Nach der Anklage soll er nun den Polizeiwachmeister Krause zu überreden versucht haben, ihm den Geheimschlüssel zu dem Polizeisunddienst zu verschaffen. Wunderlich bestritt dies und gab an, er habe lediglich den Schlüssel für den Aufenthaltsraum verlangt. Das Gericht hielt hochverräterische Bestrebungen nicht für erwiesen und verurteilte Wunderlich wegen Beamtenbestechung zu fünf Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungszeit verübt sind. Der Angeklagte wurde sofort auf freien Fuß gesetzt. Der Rechtsanwalt hatte ein Jahr drei Monate Festungshaft beantragt.

Männer, die man nicht heiraten soll.

Bonn, 4. November. (Rib.)

Wie der „Bonner Generalanzeiger“ mitteilt, ist die Nachricht, daß der ehemalige Kaiser die Zustimmung zu der Verheiratung seiner Schwester Viktoria mit dem Russen Suboff nicht erteilt hat, richtig. Diese Tatsache hat jedoch keinen Einfluß auf die bevorstehende Trauung, die nun ohne Zustimmung Wilhelms stattfindet.

Regierung und gesellschaftliche Veranstaltungen. Das preussische Staatsministerium beschloß sich in einer Sitzung mit der Anregung der Reichsregierung, eine Einschränkung sowohl der gesellschaftlich-repräsentativen Veranstaltungen der Regierungen, wie auch der Teilnahme der Minister an gesellschaftlichen Veranstaltungen von Verbänden, Korporationen usw. zu erreichen. — Die Anregung des Reichsministeriums fand dabei die volle Zustimmung des Staatsministeriums.

Die Staatsvereinfachung in Bayern wird mit der Verminderung der Zahl der Ministerien, von acht auf sechs begonnen. Nach einem bereits vorliegenden Beschluß des Ministerrats soll das Ministerium für Handel und das Ministerium für soziale Fürsorge abgebaut werden, dagegen das Landwirtschaftsministerium bestehen bleiben, weil der Bauernbund davon den Bestand der gegenwärtigen Regierungskoalition abhängig gemacht hat.

Durch Raubden erschlepp wurden vor mehreren Tagen in der Nähe von Rabat Verwandte des französischen Generalgouverneurs von Marokko, Steeg, darunter zwei Frauen. Bald darauf ereignete sich ein zweiter Fall von Franzosenerschleppung. Seit mehr als einer Woche wird mit den Raubden wegen des Vorgehens verhandelt; außer einer horrenden Summe verlangen die Raubden die Zusicherung, daß Frankreich in den nächsten fünf Jahren keine Strafexpedition gegen ihre Stämme unternehmen werde. Die Behandlung der Gefangenen soll bisher gut gewesen sein. Eine Einigung konnte jedoch noch nicht erfolgen.

Der estländische Minister des Auswärtigen Dr. Uel ist von seinem Posten, angeblich aus Gesundheitsgründen, zurückgetreten.

einmal mit Ady gesungen. In diesem Lied reitet das Entgegen der Wüste Gobi durch den Sturm des Todes.

Sein Pazifismus ist nicht passives Weinen. Ist aktiver Aufruf. Empörung. Entsetzen. Hohn. Und wie weiß er all das in Melodie zu kleiden. Mühsams Gedicht an die Soldaten wirkt in seiner Betonung wie eine starke Antikriegsgraphik, aus der Wertigkeit eines Dürer oder Holbein hervorgeht. „Sauf, Soldaten! Daß das Blut heißer durch die Adern rinnt! Saufen macht zum Sterben Mut!“ Keine aller Werberlieder stechen sich durch die Melodie. Aber nicht die Lüge des übermütigen „Schlag zu, mein Junge“, sondern die grimmige Verachtung des menschenmörderischen Heilens.

Und wie meint seine Musik die Tränen der Mutter mit! Quintus Gedicht: „Der Tod und die Mutter“ ist erfüllt von aufrührerischem Leid. Auch das ist Kriegsgedicht. Er hat der Mutter die Söhne entführt, nun will er's gut machen; und führt die Mutter zu den Söhnen. „Die Klage der Garde.“ Schillings Aufsatz: „Welche Mutter hat noch einen Sohn? General!“ Diese Verse hat der chinesische Dichter mit Tusch, mit dem Trauerschwarz tiefsten Schmerz geschrieben. Bei Keiny: ein Schmerzpatat im Lied.

Eine ganze Reihe von Gedichten von Clement, Pottier, Klubs und Quintus; voll Kraft, Brutalität, ein Aufschreien, das aus dem Herzen kommt und zum Herzen geht. Doch man muß nicht glauben, daß er nur düstere Farben auf seiner Palette hat oder daß sein Ernst trefflich ist. Ueber Keiny' Haupt schwebt immer ein Regenbogen. Bäre er nur ernst, würde er seine Hörerschaft nicht decart fesseln. Ueber Keiny glaubt an den Menschen, der durch ein Lied geändert und gebessert wird. Und er versteht es, die Menschen — über Ernst und Satire hinweg — auch zu erheitern, zu ermutigen und zu begeistern.

Alfred Klaar gestorben.

Professor Dr. Alfred Klaar, der Schriftsteller und Theaterkritiker der „Allg. Ztg.“, ist kurz vor der Vollendung seines 79. Lebensjahres einer Lungenerkrankung erlegen.

Jahrzehntelang hat Alfred Klaar die Entwicklung des Berliner Theaterlebens begutachtet und beurteilt. Er war aus Braag nach der Reichshauptstadt gekommen. An der Prager Universität lehrte der Germanist August Sauer, der Grillparzer, den vereinsamten Klaffler, mit aller Treue eines großen Philologen zur Unsterblichkeit hinüberleitete. Alfred Klaar nahm in der merkwürdigen Stadt, die das Deutschtum und das Tschechentum als stets kampfbereite und niemals zusammenhängende Kulturkräfte beherbergt, an dieser Pflege des großherzigen, aus deutscher Klostler inspirierten Genies teil. Doch er wollte nicht nur ein Literaturhistoriker sein. Die lebendige Dichtung der Zeit zog ihn an, und da er lange lebte, da seine Wachsamkeit und Liebe bis in die letzten Zeiten seines Daseins unvermindert blieben, begleitete er alles, was produktiv und jung und arbeitsam war, mit Respekt und Wohlwollen. Er hat Horner Werte herausgegeben. Diese hübsche und streitbare Kritikerliteratur fehlte den freundlichen Mann, der auch einen anderen Verteidiger der Bewusstseinsfreiheit, den Urieel Kolla, den Heiden des Kulturwissenschaftlichen Vereins, zum Gegenstand einer gelehrten und liberal besetzten Untersuchung gemacht hatte. Er selbst wollte nur Güte und pädagogische Harmonie ausstrahlen. So ließ er sich gern

von jeder Strömung forttragen. So versuchte er jeder Verantwortlichkeit und jeder Anschauung gerecht zu werden. Mit wohlorganisiertem Temperament und humanistisch fundiertem Wissen verwaltete und bereicherte er das Feuilleton der Zeitung, zu der er gehörte. Als er während der letzten Jahre, sehr spät erst und nach harter Pflichtarbeit, nur den Dienst des literarischen Toneschreifers besorgte, blieb er ein nobler Anwalt dessen, was seinem weitsehenden Blick und seinem disziplinierten Empfinden beagte. Er hat vielen genügt, er wollte niemandem schaden. Ein patriarchalischer Richter der Dichtung, des Dramas und der Bühnentänzer ist dahingegangen. R. H.

Von Alfred Klaar wird in journalistischen Kreisen eine recht eigenartige und doch absolut authentische Anekdote erzählt:

Vor etwa zwei Jahren erkrankte der damals schon 77jährige Klaar plötzlich und, wie es hieß, so ernstlich, daß man mit seinem Ableben rechnen mußte. Die benachrichtigte Feuilleton-Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ entschloß sich sofort einen Nachruf auf Klaar zu schreiben und lesen zu lassen. Wer aber nicht starb, sondern ganz munter bereits am nächsten Morgen als einer der ersten in der Redaktion erschien, wor der erstaunlich rüstige Alfred Klaar. Er schritt durch die noch leeren Zimmer seiner Kollegen vom Feuilleton und da fiel dem weiten sein Blick auf einen Bürostab mit der Ueberschrift: Alfred Klaar.

Der auf diese Weise bereits journalistisch Begrabene nahm nun den Abzug an sich, ging in sein Zimmer, las seinen Nachruf und fing an, verschiedene ungenane Daten handschriftlich zu korrigieren. Dann klingelte er den Boten und sandte die korrigierte Fassung in die Saperel. Da nun der Saperelaktor Klaars Handschrift sofort erkannte, lief er bestürzt in die Redaktion: war es ein Spuß oder was sonst? Bald hörte sich der Tatbestand auf, und Klaar hatte die Lächer auf seiner Seite.

Eine Expedition nach neuen Blumen. Der englische Pflanzenjäger, Kapitän Kingdon Ward, unternimmt jetzt eine Expedition nach den Gebirgen von Assam, die 18 Monate dauern soll. Er will hier im Auftrag eines Syndikats englischer Privatgärtner, an dessen Spitze Baron von Rothschild steht, nach neuen Pflanzen und seltenen Blumen suchen. Die Gebirge von Assam sind nach keinen Angaben der reichste gärtnerische Jagdgrund, den es in der Welt gibt, ein wahres Paradies für Blumen und überhaupt noch nicht erschloß. Kingdon Ward hat in den letzten 25 Jahren von seinen Weitreisen gegen 400 erstklassige Pflanzen mitgebracht, die sich alle in England vortrefflich eingebürgert haben, darunter einen himmelblauen Rohn und einen orangefarbenen Rhododendron aus Tibet.

Die Ägyptische Madonna von Raffel, das große Schauld bei Dresden der Gemäldergalerie, zeigt gelbliche Spuren von Verfärbungen und Abblättern der Farbschicht. Ueber die Möglichkeit einer Restaurierung sollen zunächst Gutachten einiger Fachleute eingeholt werden. Behelfsweise wird die Beteiligung der Schichten mit elektrischen Mitteln erfolgen.

Eine schließliche Fakultät für Politik. In der Universität von Perugia wird von der italienischen Regierung eine schließliche Fakultät für politische Wissenschaft errichtet.

Schwindelparole.

Die Angst der bürgerlichen Angestelltenverbände.

Von Fritz Schröder, Berlin.

Die Wahl der Vertrauensmänner für die Angestelltenversicherung rückt immer näher. Angsterfüllt sehen die bürgerlichen Angestelltenverbände dem Ausgange dieser Wahl entgegen. Sie haben einen Grund dazu. Was liegt da näher, als die Aufmerksamkeit der Angestellten von den entscheidenden Gependen zwischen dem im NS-Bund zusammengeschlossenen freien Angestelltenverbänden und dem im Hauptauschuss zusammengeschlossenen bürgerlichen Angestelltenverbänden abzulenken, sei es auch auf Kosten der Wahrheit.

Wie auf Kommando geht durch Zeitchriften und Tagespresse die Schwindelparole des Hauptauschusses: die freien Angestelltenverbände wollen die Angestelltenversicherung vernichten.

Bei den Reichstagsverhandlungen 1925 ist es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion gewesen, die schon damals für eine Erhöhung der Leistungen der Angestelltenversicherung eintrat, wie sie das Wahlprogramm der freien Angestelltenverbände vorsieht. Die bürgerlichen Parteien haben das abgelehnt; der Reichswehrminister des Bürgerblocks hat sogar erklärt, daß keines Erachtens die Rentenbemessung an die Grenze des Möglichen angeleitet sei.

An der Spitze des Kampfes gegen die Verstärkung des Einflusses der Angestellten auf ihre Versicherung stand der völksparteiliche Reichstagsabgeordnete Thiel, Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Angestelltenvereinigungen. Er sprach sich dagegen aus, den Einfluß der Arbeiter zu schmälern.

Wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion über den Ausbau der Angestelltenversicherung denkt, beweist der von ihr vor einigen Tagen im Reichstage eingebrachte Antrag, der sich die Forderungen der freien Angestelltenverbände über den Ausbau der Leistungen und den Ausbau der Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung zu eigen macht.

Der Hauptauschuss wehrt sich zu helfen. Da sich nicht bestreiten läßt, daß die freien Angestelltenverbände den Ausbau der Angestelltenversicherung fordern, ist das doch der einzige Inhalt ihres Wahlprogramms, wird vom Hauptauschuss die Parole ausgegeben: die Bewirkung dieser Forderungen würde die Vernichtung der Angestelltenversicherung bedeuten!

Eine famose Parole. Sie hat den Vorzug, daß hier im Grunde genommen den parlamentarischen Führern des Hauptauschusses bereits Blankovollmacht erteilt wird, bei den Auseinandersetzungen im Reichstage die Durchführung unserer Forderungen zu sabotieren.

Da in dem Wahlprogramm der freien Angestelltenverbände keine Rede von einer Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Invalidenversicherung ist, konstruiert der Hauptauschuss einfach solche dunklen Absichten. Einer seiner Wortführer, Herr Bösch vom Gewerkschaftsbund der Angestellten, erfindet zu diesem Zwecke einen ungeschriebenen Teil unseres Wahlprogramms. Damit soll der Eindruck erweckt werden, als wollten wir die Leistungen der Angestelltenversicherung auf den Stand der Invalidenversicherung senken, während die Reichstagsverhandlungen von 1925 und die jetzt dem Reichstage vorliegenden Forderungen des NS-Bundes das genaue Gegenteil beweisen.

Die wirklichen Feinde der Angestelltenversicherung sind der Träger des Hauptauschusses. Als der Hauptauschuss gegründet wurde, waren sämtliche Angestelltenverbände für einen Ausbau der Invalidenversicherung.

Die Angestelltenversicherung hatte noch keine zehn Jahre bestanden, da kam aus den Parteien der Demokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, also aus den Parteien des Herrn Schneider vom NSB und der Herren Berig und Thiel vom DVB, der gemeinsame Antrag auf Zusammenlegung der Verwaltung und Rechtsprechung zwischen Angestelltenversicherung und Invalidenversicherung. Außerdem sollte geprüft werden, inwieweit die großen Verbände der Angestellten für ihre Mitglieder die Angestelltenversicherung selbst betreiben können. Das war am 7. Dezember 1921, Reichstagsdrucksache Nr. 183. Die Durchführung dieser Absicht hätte die vollständige Verschlagung der Angestelltenversicherung bedeutet.

Einige Jahre später, 1924, unternahm Herr Lambach vom DVB, den gleichen Vorstoß im Reichstage; er wollte auch den Unternehmern das Recht geben, die Angestelltenversicherung zu betreiben. Das sind die Hüter einer selbständigen Angestelltenversicherung! Die Antwort auf diese Schwindelereien geben die Angestellten am 13. November durch die Wahl freigewerkschaftlicher Vertrauensmänner.

Die Zuchthausstrafe auf Lebenszeit.

Die Bürgerlichen lehnen ihre Abschaffung ab.

Der Strafgesetzesausschuß des Reichstages bezieht am Freitag über die Frage der lebenslänglichen Zuchthausstrafe, deren Streichung übereinstimmende Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten fordern.

Abg. Roenen begründet den kommunistischen, Genosse Dr. Rosenfeld den sozialdemokratischen Antrag. Er legte dar, daß die lebenslängliche Zuchthausstrafe eine furchtbare Strafe sei, bei der der Verurteilte vor allem unter der Hoffnunglosigkeit dieses Daseins ein lächerliches Leben führt. Praktisch löge es so, daß im Verhältnis zur Gesamtzahl der lebenslänglichen Verurteilten nur ein kleiner Prozentsatz dieser Strafe bis zum Lebensende vollstreckt werde. Nur selten werde jemand länger als 15 Jahre im Zuchthaus, also könne auch die lebenslängliche Zuchthausstrafe als solche fallen. Der Ausschuss sollte im Strafvolzug erfohrne Männer als Sachverständige hören.

Ministerialrat Schäfer bestätigte für die preussische Regierung die Angaben Dr. Rosenfelds über die Handhabung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe mit Zahlen aus der preussischen Praxis. Im April 1922 hätten in preussischen Anstalten 335 zu lebenslangem Zuchthaus Verurteilte gesessen, davon nur 38 über zehn Jahre und von diesen nur 12 über 15 Jahre. Im Januar 1927 habe die Zahl der lebenslangen Verurteilten in den preussischen Zuchthäusern 383 betragen, von welchen nur 25 länger als zehn Jahre und von diesen nur sieben länger als 15 Jahre gesessen hätten. Zwei Gefangene hätten nicht mehr aus dem Zuchthaus herauskommen oder können. Die Verurteilung zu lebenslangem Zuchthaus habe immerhin eine abschreckende Wirkung.

Ministerialdirektor Dumke führt aus, daß die lebenslängliche Zuchthausstrafe als Strafmittel für die Todesstrafe nicht zu entbehren sei.

Genosse Dr. Meles findet gerade darin, daß Zuchthausgefangene nicht mehr hätten ins Leben hinausströmen wollen, den Beweis dafür, daß

diese Strafe den Gefangenen die physische und seelische Lebenskraft raube.

Es läßt sich nur deshalb im Zuchthaus aufrechterhalten, weil er sich in Bezug auf die Verurteilung wegen Tötung unschuldig

An die Beamtenschaft!

Arbeitet für eure Zukunft!

Die diesjährige **W e r b e w o c h e** der Sozialdemokratischen Partei findet vom 6. bis 13. November statt. Allenhalben werden von den Parteigenossen Vorbereitungen getroffen, wird eifrig gerüstet, um die Bewerben mit einem großen Erfolg für die Partei abzuschließen. Wie steht es mit der **W e r b e a r b e i t** unter der **B e a m t e n s c h a f t**? Haben die parteigenösslichen Beamten auch ihre Vorbereitungen zu einer erfolgreichen Werbearbeit schon getroffen? Ebenso wie die Arbeiter und anderen Berufsgruppen haben auch die Beamten ein lebhaftes Interesse an der Stärkung und Weiterentwicklung der Partei. Das Schicksal der erwerbstätigen Kreise, also auch der Sozialdemokratischen Partei in Zukunft auf den Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Landes haben wird. Die Novemberrevolution vom Jahre 1918, an deren Spitze sich die Sozialdemokratie stellte, brachte den vom alten Obrigkeitsstaat politisch und gewerkschaftlich völlig entrechteten Beamten die politische, die Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit.

In der Nationalversammlung war es auch in erster Linie die Sozialdemokratie, die sich rücksichtslos für die

Verankerung der Rechte der Beamten

in der Reichsverfassung einsetzte. Wenn die Verfassungen, die in der Verfassung den Beamten gemacht worden sind, wie die Schaffung eines Beamtenvertretungsgesetzes, eines freibeitlichen Beamtenrechts, eines zeitgemäßen Disziplinarrechts, einer gesetzlichen Regelung des Urlaubs usw. nach nicht in Gesetzesform gegossen worden sind, dann trägt die Sozialdemokratie daran keine Schuld, sondern ihre Gegner, die die Durchführung verhindert haben.

Die Sozialdemokratie ist stets nachdrücklich für die Durchführung der verfassungsmäßigen Rechte der Beamten eingetreten.

Bei der Schaffung des Besoldungsgesetzes vom Jahre 1920 war es wieder die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung, die dafür sorgte, daß mit dem Klassencharakter und den Rückständigkeit des alten Besoldungsgesetzes gründlich ausgeräumt und ein Besoldungsgesetz geschaffen wurde, das den freibeitlichen und demokratischen Grundgedanken des neuen Volksstaates

entspricht. Sind auch in dem Besoldungsgesetz vom Jahre 1920 nicht alle Wünsche der Beamten erfüllt worden, so ist doch unbestreitbar, daß durch das neue Besoldungsgesetz eine sozialgerechte Besoldungsordnung geschaffen und dem Gesetz ein sozialer und demokratischer Inhalt gegeben wurde. Daß das Besoldungsgesetz vom Jahre 1920 diesen Inhalt bekam, verdankt die deutsche Beamtenschaft in erster Linie der Sozialdemokratie!

Mit den sozialen, demokratischen und idealen Errungenschaften des Besoldungsgesetzes von 1920 will die Bürgerblockregierung durch das jetzt dem Reichstag vorgelegte neue Besoldungsgesetz gründlich aufräumen.

Durch die neue Besoldungsordnung soll die Verzahnung der Besoldungsgruppen, die Aufstiegsmöglichkeit der unteren Beamten-

fühle. Bei Menschen, die hoffnungslos seien, wirke die Zuchthausstrafe wie eine Todesstrafe, sogar noch schlimmer als diese, weil sie eigentlich täglich vollstreckt werde.

Genossin Pflüß fragt, wie sich die aus dem Zuchthaus Entlassenen in der Freiheit bewährten. Ein katholischer Geistlicher, der in einer württembergischen Anstalt gewirkt habe, habe erklärt, daß er die besten Erfahrungen mit entlassenen Zuchthäuslern gemacht habe, gerade auch mit solchen, die wegen Mordes verurteilt gewesen waren. Wir können nicht wünschen, daß Menschen, die sich nach einer Strafverbüßung eine gewisse Zeit hindurch im Leben bewährten, lebenslänglich im Zuchthaus bleiben.

Ministerialdirektor Dumke erklärte, daß amtliches statistisches Material über das spätere Schicksal der aus dem Zuchthaus Entlassenen nicht existiere.

Abg. Kahl regt an, in das Strafvolzugsgesetz eine Bestimmung darüber aufzunehmen, daß von Zeit zu Zeit in regelmäßigen Abständen geprüft werde, ob die Vollstreckung der Zuchthausstrafe noch fortgesetzt werden müsse.

Ministerialrat Schäfer erklärt, daß das in Preußen bereits geschieht und besagt das im Einzelnen.

Genosse Rosenfeld fordert noch einmal genaue Auskünfte über die Sterblichkeit bei lebenslänglichen Zuchthausgefangenen und über die Zahl der zu lebenslänglichen Zuchthaus Verurteilten, dann aber zu Zuchthausstrafe unter 15 Jahren Begnadigten. Bedauerlich sei, daß der Ausschuss über die spätere Lebensführung entlassener Zuchthausgefangener keine Auskunft bekommen könne. Die Anregung des Abg. Kahl, von Zeit zu Zeit automatisch alle Zuchthausstrafen nachzuprüfen, sei zu begrüßen.

Ministerialdirektor Dumke erklärte, daß Verbindungen zwischen den Fürsorgern der Zuchthausangehörigen mit den Gefangenen auch nach ihrer Entlassung bestehen bleiben, wenigstens da, wo vernünftige Männer im Strafvolzug tätig seien. Sterblichkeitsziffern bezüglich der zu lebenslangem Zuchthaus Verurteilten habe man nicht. Frau Edders (Dem.) begrüßt die milde Gnadenpraxis der preussischen Regierung. Was die schwersten Verbrechen anbetrifft, so dürfe man gewiß keine Bestien auf die Gesellschaft wieder loslassen, aber gerade die Frauen kämpften bisher vergeblich gegen die milde Strafpraxis der Gerichte gegenüber Sittlichkeitsverbrechen und Kindermißhandlungen, sowie für die Heraushebung des Schuldalters für Mädchen.

Austauschminister Hergt erklärt, daß die regelmäßige Kontrolle lebenslänglicher Zuchthausstrafen wünschenswert sei, vielleicht sei es auch möglich, diese Kontrolle im Strafvolzug nach im höheren Maße sicherzustellen. Auf die Strafe des lebenslänglichen Zuchthaus könne unter keinen Umständen verzichtet werden.

Die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags.

Bei der Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Streichung der lebenslänglichen Zuchthausstrafe von allen bürgerlichen Vertretern gegen die 10 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt, und § 35 des Entwurfs, der die lebenslängliche Zuchthausstrafe vorsieht, angenommen.

Ohne Debatte wird § 36 angenommen, der die Dauer der ichtigen Freiheitsstrafe betrifft.

Die Kommunisten beantragten, einen neuen Paragraphen einzufügen, der Bestimmungen über den Strafvolzug enthält. Ueber die Zulässigkeit dieses Antrags entsteht eine längere Geschäftsbesprechungsdebatte, bei der sich die Genossen Landsberg und Rosenfeld für die Beratung einsetzen. Nachdem der Einspruch zurückgezogen ist, begründet Roenen den kommunistischen Antrag.

Genosse Landsberg hebt hervor, daß es gerade ein Fortschritt sei, Strafvolzugsbestimmungen in ein besonderes Strafvolzugsgesetz zu bringen und daß alle Bemühungen, den Strafvolzug humaner zu gestalten, die gewiß von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt würden, besser beim Strafvolzugsgesetz behandelt würden.

Der kommunistische Antrag wird darauf gegen die beiden Kommunisten abgelehnt.

gruppen, die gleichmäßige Behandlung der männlichen und weiblichen, der verheirateten und ledigen Beamten beseitigt, das Besoldungsrecht vom Jahre 1924 verewigt und das Diätarend der Vorlegetzeit wieder eingeführt werden.

So wie auf dem Gebiete der Beamtengesetzgebung und Besoldung sehen wir auf allen wirtschaftlichen und politischen Gebieten eine Rückkehr zu den

reaktionären Zuständen des alten Klassenstaates.

Durch den Abbau der Besitzsteuern, durch die Steigerung der Steuern auf die notwendigsten Lebensmittel, durch die rigorose Erhöhung der Zölle und durch die unerhörte, von der Bürgerblockregierung geduldete Preispolitik der Kartelle und Syndikate ist eure Lebenshaltung immer mehr herabgedrückt worden, sind die Gehälter und Löhne in ihrer Kaufkraft ständig gesunken.

Gegen eure völliges Versinken in Not, Elend und Verzweiflung habt ihr euch zu wehren. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter haben, da sie der lebendige Wirtschaftsfaktor unserer Gesellschaft sind, ein Recht darauf, daß sie ein Gehalt und einen Lohn erhalten, der ihre Lebensnotwendigkeiten deckt und darüber hinaus ihnen noch einen gerechten Anteil an den kulturellen Gütern unseres Landes, die sie in erster Linie schaffen, sichert. Die politische und wirtschaftliche Reaktion, die sich in der jungen demokratischen Republik breit macht, kann nur beseitigt werden, wenn bei den nächstjährigen Wahlen zum Reichstage und den Landtagen

die Bürgerblockmehrheit gestärkt wird.

Da Beamte, Angestellte und Arbeiter unter der Herrschaft der Bürgerblockregierung die gleiche Not leiden, das gleiche Elend tragen müssen, müssen sie auch gemeinsam gegen die Reaktion, gegen ihre Ausbeuter und Bebrüder den Kampf führen. Diesen gemeinsamen Kampf vorzubereiten, damit er mit Erfolg geführt werden kann, bietet sich bei der Werbewoche der Sozialdemokratischen Partei die beste Gelegenheit. Nur wenn es den arbeitenden Schichten gelingt, die politische Macht in Reich und Staat zu erobern, wird eine Steuer- und Wirtschaftspolitik, eine innere und äußere Politik betrieben werden können, die die Beamten, Angestellten und Arbeiter nicht noch weiter in den sozialen Abgrund versinken läßt, sondern Verhältnisse schafft, unter denen auch in ihr Leben Wärme, Freude und Sonnenschein dringt.

Deshalb, parteigenössische Beamte, an die Arbeit! „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der täglich sie erobern muß.“

Der Parteivorstand.

J. A. Stelling.

Der Reichsbeamtenrat der Sozialdemokratischen Partei.

(Arbeitsausschuß.)

Biermann, Fallenberg, Hanig, Hildebrandt, Rugler, Linke, Marske, Prawitz, Ruben, Steintopf, Margarete Trapp, Dr. Wieprecht, Zochert.

Der Ausschuss berät dann noch den § 37 des Entwurfs, der auspricht, daß die Geldstrafe mindestens 6 Mark und höchstens 1000 Mark betragen soll. — § 37 wird angenommen. — Dann erfolgt die Vertagung auf Sonnabend.

Besoldungsforgen des Rechtsblocks.

Er weiß nicht, was er will — die Besoldungsvorlage soll aber trotzdem durchgepeitscht werden!

In der weiteren Beratung des Ausschusses für den Reichshaushalt über die Besoldungsordnung nahm am Freitag Genosse Steintopf das Wort und begann seine Ausführungen mit dem Ausdruck der Bewunderung darüber, daß die Regierungsparteien es bisher nicht für nötig gehalten hätten, sich zur Besoldungsordnung zu äußern. Man müsse daraus auf

große innere Unstimmigkeiten innerhalb der Koalitionsparteien

schließen. Insbesondere befürchte sich wohl das Zentrum in Schwiebigkeit wegen der Ausführungen des Abg. Stegerwald über die Notwendigkeit der Abschaffung des Berufsbeamtentums. Die neue Besoldungsordnung selbst werde nur von den höheren Beamten ausgegeben, die in ihr alle Wünsche erfüllt finden, und von dem Bund der Supernumerosen, der ebenfalls glaubt, für seine Mitglieder besondere Vorteile erlangen zu können. Genosse Steintopf vertritt sich dann über die Grundzüge der Vorlage bezüglich der Berechnung der Grundgehälter und über den angeleglichen Einbau des Prämienzuschlags und kommt zu dem Schluß, daß diese Methoden unmöglich seien. Für die weiteren Beratungen empfiehlt er, sich zuerst an den Gruppenaufbau der eigentlichen Besoldungsordnung heranzumachen und dabei grundsätzlich den Aufbau der Besoldungsordnung von 1920 zu Grunde zu legen.

Die Rede des Genossen Steintopf hatte den Erfolg, dem Führer des Zentrums, Abg. Dr. v. Guérard, endlich den Mund zu öffnen. Guérard erklärte, daß die Regierungsparteien sich nicht um eine Stellungnahme herunderließen, sondern geschlossen auf dem Boden der Regierungsvorlage stehen. Sie hätten in der allgemeinen Aussprache im Interesse der Beilegung nicht das Wort genommen, werden aber zu jeder Spezialfrage ihre Stellungnahme begründen. Schnellste Erledigung der Vorlage sei nicht nur für die Beamten, sondern für das ganze Volk eine unbedingte Notwendigkeit. Im übrigen sei das Zentrum für die absolute Erhaltung des Berufsbeamtentums. Der Abg. Stegerwald sei sich hierin mit seiner ganzen Fraktion einig.

So groß und stark diese Worte klangen, sie wurden schnell in ihrer ganzen Hohlheit enthüllt. Zunächst konnte Genosse Steintopf den Abg. v. Guérard auf die „Germania“ verweisen, in deren Wiedergabe einer Rede Stegerwalds in Baderborn u. a. der folgende Satz zu lesen ist: „Am demokratischen Staat ist die Fortführung des früheren Beamtensystems sinnwidrig und schließt in sich viele politische und Korruptionsgefahren.“ Bei der Abstimmung lehnten die Regierungsparteien geschlossen die Anträge der Opposition ab. Bei der Spezialberatung wird also nicht, wie es logisch und notwendig wäre, mit dem Aufbau der einzelnen Besoldungsgruppen, sondern mit dem Besoldungsgesetz begonnen werden. Dadurch gewinnen die Regierungsparteien wieder mehrere Tage Zeit zu Verhandlungen darüber, welche Bezüge nun eigentlich den Beamten gewährt werden sollen.

Präsident Coolidge hat das nachstehende Agreement für Herrn von Brünnich als Botschafter in Washington erteilt.

In Kanton wurde ein neuer Postkoff britischer Waren angefüllt. Uninformierte Streifposten patrouillieren die Wasserfront entlang.

Der Metallarbeiterverband marschiert.

hunderttausend neue Mitglieder.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in den ersten drei Vierteljahren 1927 in seinem Mitgliederbestand sehr bedeutende Fortschritte zu verzeichnen. Die Mitgliederzunahme steigerte sich von Vierteljahr zu Vierteljahr; sie betrug im ersten Vierteljahr 14 988, im zweiten Vierteljahr 30 296 und im dritten Vierteljahr 45 535. Mit dem auch im vierten Vierteljahr zu erwartenden Mitgliederzuwachs kann der D.M.V. im Jahre 1927 einen Gesamtzuwachs von weit über 100 000 neuen Mitgliedern verbuchen. Das ist die beste und würdigste Antwort auf die Kampfanfrage der Schwerindustrie, die den sozialen Fortschritt mit Gewalt zu verhindern sucht; zugleich auch eine gute Vorbereitung für die nächsten Reichstagswahlen.

Aufstieg im Holzarbeiterverband.

Im ersten Halbjahr Mitgliederzunahme 12 500.

Die Abrechnung des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das 2. Quartal 1927 zeigt, daß die finanzielle und Mitgliederbewegung in diesem Vierteljahr günstig gewesen ist. Der Mitgliederbestand erhöhte sich von 268 383 am Schluß des 1. Quartals auf 278 559, also um 10 176 oder 3,8 Proz. Von diesen 10 176 neu gewonnenen Mitgliedern sind 8361 männliche, 1046 weibliche und 769 jugendliche Mitglieder. Gegenüber dem Jahresschluß 1926, wo der Holzarbeiterverband 268 065 Mitglieder zählte, hat sich der Mitgliederbestand im ersten Halbjahr dieses Jahres um 12 504 gehoben.

Ein ebenso günstiges Bild weist die Abrechnung über die eingegangenen Beiträge aus. Einer Beitragsaufnahme von 2 063 642 M. im 1. Quartal steht eine Einnahme von 2 328 359 M. im 2. Quartal, also eine Mehreinnahme von 275 317 M. gegenüber.

Die Aktivität des Verbandes, die im vorigen Jahr wegen der schweren Wirtschaftskrise so stark gedrosselt war, spiegelt sich in den Ausgaben für Lohnbewegungen getreu wieder. Diese Ausgaben sind von 141 399 M. im 1. Quartal auf 288 617 M. im 2. Quartal, mithin um mehr als das Doppelte gestiegen.

Die Ausgaben für Lohnbewegungen und Streiks sind im ersten Halbjahr dieses Jahres fast so groß wie die für das gesamte Jahr 1926. Im ersten Halbjahr 1927 wurden dafür insgesamt 429 056 M. ausgegeben, im gesamten Vorjahre 437 356 M.

Infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung und des damit verbundenen Rückganges der Arbeitslosigkeit sind die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung von 357 739 M. im 1. Quartal auf 156 360 M. zurückgegangen. Ebenfalls geringer geworden sind die Ausgaben für Krankenunterstützung. Sie betragen im 2. Quartal 129 818 M. gegenüber 172 256 M. im 1. Quartal. Alles in allem also ein erfreuliches Bild gewerkschaftlicher Tätigkeit.

Der Streik bei Feister u. Kofmann.

Berliner Nähmaschinen-Industrie, Skalitzer Straße.

Die Belegschaft dieser Weltfirma hatte der Teuerung halber eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Stunde gefordert. Die Firma, bei der die Arbeitsverhältnisse ohnehin niedrig sind, bot eine Zulage an in Höhe von 4 Proz. Die Belegschaft lehnte dieses Angebot ab und legte am 26. Oktober die Arbeit nieder.

In dem Verhandlungstermin erklärte die Firma, daß sie dieses Angebot in Höhe von 4 Proz. wegen der „Unbetriebligkeit“ der Arbeiterkraft, zu streiken, nimmere zurückzuziehen. Sie verlange bedingungslose Arbeitsaufnahme.

Die anschließende Streikversammlung nahm von dieser Erklärung Kenntnis und beschloß, weiter einmütig im Kampfe auszuharren, bis die Direktion zu der Einsicht gekommen ist, daß es an der Zeit ist, auch in ihrem Betriebe, der ja besonders auf die arbeitende Bevölkerung ganz Deutschlands als Abnehmer Wert legt, menschenwürdige Löhne zu zahlen.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck und die übrige Arbeiterschaft um Solidarität mit den Streikenden gebeten.

Die aussperrenden Zigarrenfabrikanten.

Ihre mißlungenen Verwirrungsmanöver.

Um die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenindustrie zu verwirren und gegen den Deutschen Tabakarbeiterverband aufzubringen, ist dem Reichsverband deutscher Zigarrenhersteller (RdZ.) jedes Mittel recht. Nachdem seine Betriebsbesamtmachungen nicht den gewünschten Erfolg gehabt haben, versucht er es jetzt mit einem Flugblatt, in dem schon der erste Satz mit der Wahrheit auf sehr gespanntem Fuße steht.

Die Aussprache am Abend des 26. Oktober in Berlin ist nicht vom Deutschen Tabakarbeiterverband, sondern vom RdZ. veranlaßt worden. Aber wenige Stunden vor der Aussprache hatte der Große Ausschuß des RdZ. einstimmig der Gesamtspererrung zugestimmt und von den Mitgliedern verlangt, mit aller Energie die beschlossenen Maßnahmen durchzuführen. Gleichzeitig beauftragte er den Vorstand, unter rücksichtsloser Anwendung aller ihm jagungsgemäß zu Gebote stehenden Mittel im gleichen Sinne zu wirken, also über die widerstrebenden Firmen Strafen bis zum Hundertsachen des Jahresbeitrages zu verhängen und ihre Namen in den „Mitteilungen“ zu veröffentlichen. Daraus geht einwandfrei hervor, daß es dem RdZ. gar nicht um eine Verständigung zu tun gewesen ist, sondern daß er bewußt auf die Aussperrung hingearbeitet hat.

Deshalb auch die stets abwechselnden Begründungen des Aussperrungsbeschlusses. Nach dem Unternehmerflugblatt geht es nämlich jetzt nicht mehr um die Besetzung des tarifwidrigen Streiks in Leipzig und Breslau, sondern einzig und allein um die Aufrechterhaltung des bestehenden Tarifvertrages, der der Zigarrenarbeiterkraft in diesem Frühjahr gegen den Einspruch der Tabakarbeiterverbände vom Reichsarbeitsministerium auf Antrag des RdZ. ausgenommen worden ist.

Das Unternehmerflugblatt hat denn auch eine den Wünschen des RdZ. entgegengesetzte Wirkung ausgelöst. In fast allen maßgebenden Blättern, wo sich Sortierereien und Verbandsteilungen der Zigarrenfabriken befinden, ist die Kündigung zum

Zweck der Aussperrung sowohl von organisierten wie auch unorganisierten Arbeiterinnen und Arbeitern mit der sofortigen Arbeitseinstellung beantwortet worden. Das ist u. a. der Fall in Hamburg, Bremen, Berlin, Trierstadt, Bünde, Kirchhain, Bielefeld, Minden, Motho, Löhne, Deynhäusen, Mannheim, Heidelberg, Würzburg, Elbing usw.

Damit ist den aussperrenden Zigarrenfabrikanten deutlich zu Gemüte geführt worden, was die Arbeiterschaft von ihren Maßnahmen hält. Jetzt erklären Firmeninhaber und Werkmeister, daß es nicht zur Aussperrung komme und bis zum 12. November alles erledigt sei. Die Zigarrenarbeiterkraft wird sich durch diese Redensarten ebensowenig verwirren lassen wie bisher durch die Betriebsbesamtmachungen und Flugblätter.

Aus der Blumen-, Blätter- und Federindustrie.

Die Arbeitgeber besetzen auf ihren Schein!

Der Verband der Fabrikarbeiter hatte für die in dieser Industrie-gruppe Beschäftigten mit Schreiben vom 14. Oktober eine zwischen-tarifliche Lohnregelung verlangt. Unter dem 3. November erhielt der Verband die Antwort, daß die Arbeitgeber zu ihrem Bedauern nicht in der Lage seien, den bestehenden Tarifvertrag abzuändern. Bei den feinerzeitigen Verhandlungen sei die Frage der nach dem 1. Oktober zu erwartenden Teuerung eingehend erörtert worden und lediglich mit Rücksicht darauf sei der für die damaligen Verhältnisse und die Situation der Branche nicht unerheblich hohe prozentuale Zuschlag gewährt worden.

Lediglich die Aussicht, bis zum Ablauf des Tarifvertrages geordnete Verhältnisse zu haben, sei für die Arbeitgeber bestimmend gewesen, die damaligen Opfer auf sich zu nehmen. Es würde eine schwere Belastungsprobe für eine Tarifpolitik in der Zukunft bedeuten, wenn der Arbeitgeberverband dies seinen Mitgliedern: gegebene Versprechen jetzt nicht einlösen würde. Hinzukommt, daß die derzeitige Wirtschaftslage der Branche durchaus nicht dazu angetan sei, Lohnerhöhungen vorzunehmen.

Zu dem Hinweis, daß bei den Lohnverhandlungen im April dieses Jahres die Teuerung nach dem 1. Oktober von den Arbeitgebern mit berücksichtigt worden sei, mögen folgende Zahlen sprechen. Es handelte sich um die Erneuerung eines Tarifvertrages, der im April 1925 abgeschlossen war. Es wurde eine Erhöhung der Löhne von 5 bis 8 Proz. zugestanden. Damit betrug der Wochenverdienst einer hochqualifizierten Facharbeiterin über 21 Jahre 25 M. und der einer Hilfsarbeiterin im gleichen Alter 20 M.

Noch trüber sieht es mit den Verdiensten in der Blumen- und Dekorationsbranche aus. Hier schwankt der Lohn einer gelernten Facharbeiterin zwischen 33 und 45 Pf. pro Stunde.

Wir überlassen der Öffentlichkeit das Urteil über das Verhalten der Arbeitgeber. Den Arbeitnehmern jedoch rufen wir zu, sich ihrer Organisation, dem Verband der Fabrikarbeiter, vollständig anzuschließen, damit bei den kommenden Lohnverhandlungen bessere Resultate erzielt werden können.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Gust Geiger; Wirtschaft: G. Kluge; Gewerkschaftsbewegung: J. Strinz; Redaktion: A. S. Schmitt; Verlags- und Druckerei: Reichs-Verlag, Berlin; Druck: Schmidt in Berlin; Verlags-Verlag G. m. b. H. Berlin; Druck: Formworts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

WOHLFELDE

WOCHEN

Heute

Sonnabend

Schluß-

Tag!

Mantel aus schwerem Wolstoff, mit Biesen- stepperei und Felzkragen.....	9⁷⁵	Filzhüte mit Band garniert, schwarz und farbig.....	2⁹⁰	Jacquard- Tischtücher 2⁷⁵ weiss, gute haltbare Qua- lität, ca. 190x130 cm... Servietten dazu pass., ca. 50/100, 50 Pf.	Zu Tisch-Stoffen „sprechende“ Ulster- Schnitte
Morgenjacke aus gut. Flanellstoff, mit einfarbig langem Schal u. Aermelaufsätzen	3⁵⁰	Damen-Strümpfe u. Herren-Socken gute Quali- tät, Paar	95 Pf.	Küchenhandtuch Halbleinen Daiperrweb, weiss u. farbig Kante, ca. 48/100, abgep., ges. geb. 95 Pf.	Perkal- Oberhemd 3⁸⁵ gefärbt, Brust, m. Krag.
Hemdhosens guter Wäschstoff, reich m. Klöppel- spitzen und Stickerei ausgestattet..	1⁹⁵	Kinder- Sportgarnituren aus reiner Woll, best. deutsches Fabr., Stallig, Jacke, Schal und Mütze...	9⁷⁵	Kopfkissen- bezug 1⁷⁵ mit Länglette	Paletot für Herren 54⁰⁰ schwarz, elegant abgestuft, guter Sitz.....
Handschuhe für Damen, schwedisch gefärbt, mit woll. Manschette, alle Farben, Paar	1²⁵	Taschentücher weiss, Halblein, mit Hochwamm u. reichl. gestickte Ecke, echt schweizer Stick, 6 Stück i. Geschenkkart. entgemacht	1⁹⁵	Ulster für Herren ganz neue Karo- stoffe, verschie- dene Farben, mit Rückengurt und Radgurt, modern verarbeitet	89⁰⁰



HERMANN TETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Beile-Alliance-Str. • Brunnenstr. • Rotibuser Damm • Wilmsdorfer Str. • Andreasstr. • Clausseestr.

Eine Eisenbahnbrücke soll verlegt werden.



In diesen Tagen wird berichtet, daß die polnische Regierung ernstliche Vorbereitungen zur Verlegung der Eisenbahnbrücke bei Marienwerder-Münsterwalde (Westpreußen) in Angriff genommen hat. So werden beispielsweise bereits Messungsarbeiten in Thorn vorgenommen.

Die Brücke wurde in den Jahren 1907-1909 mit einem Kostenaufwand von 9 Millionen Mark erbaut und hat eine Länge von 1058 Meter. Eine der größten ihrer Art nahm sie die Eisenbahnlinie Schemtau-Marienwerder, und neben dieser, durch ein Gitter getrennt, eine zweispurige Fahrstraße nebst Fußgängersteig auf. Infolge der neuen Grenzfestsetzung wurde sie in ihrer ganzen Länge einschließlich einem, einige Hektar großen Borgebietes auf dem östlichen (rechten, d. h. bei Deutschland verbliebenen) Borgebiet als „Brückenkopf“ an Polen abgetreten. Der Eisenbahnverkehr mußte eingestellt werden. Daher dient diese Brücke heute nur dem Kraftwagen-, Fuhrwerks- und Fußgängerverkehr. Sie ist die einzige Brücke, die die Verbindung zwischen Ostpreußen und Polen über die Weichsel herstellt. Die polnische Regierung hat in diesem Sommer dem deutschen Auswärtigen Amt mitgeteilt, die über diese Brücke führende Zollstraße zu schließen, angeblich weil der Verkehr über diesen Grenzübergang in seinem Verhältnis zu den Kosten der Unterhaltung der Grenz- und Zollbehörden stünde; gleichzeitig teilte sie mit, daß die Brücke beseitigt werden solle.

In der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1927 haben insgesamt 6976 Personen, 2437 Kraftwagen und Fuhrwerke sowie 1142 Fahrräder diesen Grenzübergang benutzt, während bei den nächstgelegenen Grenzübergangsstellen im gleichen Zeitraum die entsprechenden Zahlen nur 2173 bzw. 213 Personen betragen; an letzteren Ubergangsstellen fand ein Kraftwagen- und Fuhrwerkverkehr gar nicht statt.

Die Beseitigung der einzigen von Ostpreußen über die Weichsel führende Brücke würde die schwersten Folgen haben: Bei Hochwasser und Eisgang würden die durch den Generalinspektor für die gemeinsame deutsch-polnische Reichsverwaltung zu treffenden Abwehrmaßnahmen unmöglich gemacht werden, und die hinsichtlich des gemeinsamen Reichsgutes von Deutschland und Polen getroffenen Abmachungen würden gerade im Augenblick höchster Gefahr undurchführbar werden. — Auch die polnische Bevölkerung, insbesondere der Kreise Memel und Schwie, würde unter den gleichen Gefahren wie die deutsche Niederungsbevölkerung leiden; sie fühlt aber auch, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zu Ostpreußen auf unabsehbare Zeit, insbesondere hinsichtlich des Eisenbahnverkehrs, unterbunden werden würden.

Der Abbruch der Eisenbahnbrücke bei Marienwerder-Münsterwalde über die Weichsel würde daher nicht nur die deutsche, sondern auch die polnische Uferbevölkerung und die beiderseitigen Bewohner des dazugehörigen Hinterlandes auf das schwerste schädigen.

Die Schwindelbank von Bischofshausen & Co.

Die fünf Akteure.

Ein nettes Quintett, das in diesem Prozeß die Anklagebank schmückt. Die Seele des Ganzen ist Herr Künzel. Er hat das Licht der Welt auf dem Schoß Kaiser, Aris, Arnswalde, erblickt. Sein Vater war Rittergutsbesitzer, wenn auch nicht adlig. Die Kaufbahn des jetzt 38jährigen war: Seit 1911 hatte er ein selbständiges Bankgeschäft. Im Jahre 1922 ging es in Konkurs und er bekam ein Strafverfahren wegen Konkursvergehens und Betrugs. Allerdings hatte Künzel damals Glück: das Gericht sprach ihn frei; die Berufung des Staatsanwalts ist noch nicht erledigt. Inzwischen fand der Rittergutsbesitzer eine vermaidete Seele im türkischen Major a. D. Paul v. Bischofshausen.

Die Karriere dieses Adelspröhlings ist gewundener. Erst Kadett, dann aktiver Offizier, schied er als Leutnant freiwillig aus dem Heere, ging nach Südamerika und wurde hier Vertreter von Singerischen Nähmaschinen. Keine glänzende Laufbahn für einen v. Bischofshausen. Nach dem Kriege bestritt er seinen Unterhalt durch Vermittlungen — der Vorführende sprach von Schleiergeschäften. Dann lernte er Künzel kennen. Die Beziehungen des Herrn v. Bischofshausen sollen diesem die Gelder adliger Herren in die Kasse und Tasche leiten. Herr v. Bischofshausen hat die Erwartungen seines Kompagnons nicht getäuscht.

Als Dritter im Bunde der Mittmeister a. D. Müller. Eine kernige Figur, mit dem Monokel im Auge, ein wenig befehl, militärisch stramm, überlegen-spöttisch. „Als man mich im November 1918 zum Major befördern wollte, schlug ich es aus; von den damaligen Machthabern wollte ich keinen Gnadenbeweis entgegennehmen“, erklärte er. Dafür ging er in ein Freikorps und gehörte dem Wachregiment Berlin an. Dann wußte er aber nicht, was mit sich anfangen und beschloß, nach Mexiko zu gehen, weil er etwas „Krieg brauchte“ — wie er sagt. Ganz zufällig aber wurde er mit Künzel bekannt, und so veräußerte er die Kriegsmantel mit Borsenmandat. Er suchte frühere Offiziere, adlige Herren und Beamte auf und nahm bei ihnen Bestellungen entgegen. Ihr Geld haben sie nicht wiedergesehen. Wäre er doch besser nach Mexiko abgedampft. In drei Vierteljahren machten seine Prävi-

sionen das hübsche Sämmchen von 8000 M. aus, 2000 M. schuldet ihm die Firma noch heute.

Bleibt noch Herr Lenz. Er bereifte die „Kunden“ des Bankinstituts und erhob seine Provisionen. Im ganzen sollen es mehrere Zehntausend gewesen sein. Von den eigentümlichen Praktiken seiner Arbeitgeber will er nichts gewußt haben. Der letzte Angeklagte, Herr Sasse, ist eine unbedeutende Nebenfigur. Dies die Angeklagten. Auf ihre Läten näher einzugehen, wird noch Gelegenheit sein. Heute sollen sie weiter vernommen werden über die Verwendung der deponierten Effekten, über die Methoden ihrer Kundenbehandlung usw.

Die „Kalte Ente“ im Reichstagsrestaurant.

Redakteur Dieck zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hat den früheren verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne“, Dieck, wegen formaler Beleidigung der Reichstagsabgg. Berndt, Benthien und Kiebsberg und wegen übler Nachrede zu einem Monat Gefängnis verurteilt — der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Dem Angeklagten ist eine Bewährungsfrist zugestimmt worden; den Nebenklägern steht die Befugnis zu, das rechtskräftige Urteil in der „Roten Fahne“, dem „Vokal-Anzeiger“ und der „Täglichen Rundschau“ zu veröffentlichen.

Nachdem der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Dr. Frankel, von sich aus die Erklärung abgegeben hatte, daß von einer Betrübenheit des Nebenklägers Benthien keine Rede sein könne, und daß eine formale Beleidigung in bezug auf alle drei Reichstagsabgeordneten zweifelsohne vorliege, konnte die Verurteilung des Angeklagten weiter nicht überraschen.

In der Urteilsbegründung gab der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Krüdt, zu, daß das Gericht vor einer äußerst schwierigen Aufgabe gestanden habe. Es habe keinen Zweifel unterliegen, daß die kommunistischen Abgeordneten ihre eideschworen nach bestem Wissen und Gewissen gemacht haben und von der Trunkenheit der Nebenkläger überzeugt gewesen seien. Steht man aber von der sonstigen Beweisaufnahme ab, so seien

die Auslagen der Kellner ausschlaggebend gewesen.

Das Strafmaß selbst mag allerdings etwas zu hoch ausgefallen sein. Justizrat Dr. Frankel meinte nicht zu Unrecht: So schlimm die Ausdrücke der „Roten Fahne“ auch gewesen wären, die Ausdrücke, die die rechtsstehende Presse gegenüber früheren sozialdemokratischen Ministern brauche, wären nicht besser. Der Nebenkläger, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Everling, rief dazwischen, von seinem Plage aufspringend: „Es ist nicht wahr.“

Wie dem auch sei: den Reichstagsabgeordneten, die zu einer weiteren Belastung des arbeitenden Volkes durch die deutsch-nationalen Zoll- und Steuervorlagen geführt haben, ist nun im Gerichtssaal ein Satzspiel gefolgt. Festgesetzt soll aber werden, daß die Rechte an diesen Tagen sich in einer „Fidelitasstimmung“ befunden und ihren Sieg über das Volk mit einer Bowlie begehrt hat.

Bedeutungsvoller Auftakt zur Werbewoche.

Genosse Breitscheid spricht in Weihenstephan.

Mit einer sehr gut gelungenen Rundgebung im 18. Kreis Weihenstephan begann die Werbewoche in Berlin. Der Saal war schon dicht besetzt, als die Arbeiterfänger im Liede vom Kampf der alten gegen die neue Zeit, dem Lied vom Tode Tolstoj, den Abend eröffneten.

Als Referent des Abends nahm Reichstagsabgeordneter Genosse Breitscheid das Wort. Er behandelte zuerst die letzten und größten Ziele der Sozialdemokratie, die darauf ausgehen, die bestehende Wirtschaftsordnung durch den Sozialismus zu ersetzen, und er kennzeichnete den Kapitalismus als die Herrschaft einer Minderheit, die auf möglichst großen Profit bedacht sei. Gesellschaft muß gleich Staat, Staat gleich Demokratie sein. Die Mehrheit des Volkes aber besteht aus Hand- und Kopfarbeitern. Das sei in allen Staaten dasselbe, und deshalb arbeite die Sozialdemokratie aller Länder für den Frieden. Nun sage man, seit Jahrzehnten wäre gearbeitet und nichts erreicht worden. Gewiß seien wir von vielem noch entfernt, aber trotzdem sei die Arbeit nicht vergeblich gewesen. Die Vorbereitungen seien verbessert schon durch die Tatsache, daß heute verfassungsmäßig der Arbeiter gleichberechtigt sei. Außenpolitisch sei die Ära des Friedens noch nicht gekommen, aber selbst der Kapitalismus habe nach dem Weltkrieg den Uninn des bewaffneten Kampfes eingesehen. Daher habe er den Völkerverbund gegründet. Man verstehe die Ungebild der Massen, aber sei die Taktik der Revolution immer richtig? Gewiß dürfe die Sozialdemokratie nicht nur Geduld predigen, sondern die Entwicklung müsse gefördert werden. Dies tue man auch, wenn man heute gegen den Bürgerblock kämpfe. Der Reichstag ist heute verkehrt zusammengesetzt. Die Mehrheit des Volkes besteht aus Arbeitern, aber heute noch laufen Millionen von Arbeitern ihren Feinden, den Bürgerlichen, nach. An der Republik, an der Demokratie dürfe nicht gerüttelt werden. Auf ihrer Grundlage hoffen wir einmal die Herrschaft im Staate zu erringen. In der Opposition aber dürfen wir heute nicht mehr den Mond vom Himmel holen wollen. Koalition ist keine Frage des Programms, sondern eine Frage der Taktik. Den Klassenkampf soll man nicht im Munde führen, sondern ihn praktisch betreiben. Ein großes Ziel sei auch der deutsche Einheitsstaat. Das Schulgesetz, dieser stärkste Kitt für den Bürgerblock, wird von uns weiter bekämpft werden. Die SPD. wartet, bis das Volk gesprochen hat. Allen Arbeitern, den christlichen und auch den kommunistischen, rufe sie zu: Für Frieden, Freiheit, Recht und für die Arbeiterklasse!

Genosse Bauh richtete zum Schluß einen Appell an alle, in der Werbewoche recht rosig mitzuarbeiten. Mit dem Erfolg der Internationalen schloß die ausgezeichnet verlaufene Rundgebung.

Die Waffenschmiede der SPD.

Die Reichstags-Genossen eröffneten am Donnerstag ihre Werbearbeit mit einer Kreismitgliederversammlung im dem Städtischen Lichtspielhaus in der Bergstraße. Zu Beginn der Veranstaltung wurde der Film „Aus der Waffenschmiede der SPD.“ vorgeführt. Der Film zeigt anschaulich die Arbeit der sozialdemokratischen Parteipresse. Im ersten Teil werden die Einrichtungen des „Sozialdemokratischen Pressebüros“ gezeigt. Aus allen Teilen der Welt laufen dort die Telegramme der sozialdemokratischen Korrespondenten ein, werden verarbeitet und durch die Post an die Zeitungen im Reich versandt. Die wichtigsten Telegramme werden durch eine eigene Funkstation an die Redaktionen weitergegeben. — Im zweiten Teil wird die Fertigstellung des „Vorwärts“ gezeigt. Wir machen

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Ein eigensinniges, unheimliches Gesicht — ein eigensinniger und unheimlicher Helm.

Dieser Helm bestätigte die drohende Gegenwart. Und außer dem Helm und Glibes Gesicht gab es nichts.

Es gibt keinen Ausweg. Er, Ingenieur Kleist, ist bereit. Es ist besser, wenn man ihn hier erschlägt, zwischen diesen Bauten, als zu Hause. Diese Riesen und er sind unzerstörbar: ihn erschlagen, das hieße, zusammen mit ihm all diese Tempel seines Lebens zerstören.

Ueber den fernen Bergen, hinter der Stadt, ersloß der Himmel wie erfallendes Eisen, und die Fäden der Berggrüden waren schwarz von all den Dächern des gewaltigen Werkes. Rundum war eine deutliche klingende Stille. Jemand, nicht sehr weit, piff und trächte ein Eisenblock unter müden Händen. Erschrocken schrie ein Auck auf dem Baume in der trüben Ferne, und irgendwo, auf derselben Seite, zitterte in flimmerndem Glanze das niederfallende Eisen.

Glib stand auf der Spitze des Turmes, der aus Stahlstreifen spinnwebgleich geflochten war. Einst wurden von hier aus Kohlen für das Maschinenhaus in die Laufkörbe verladen: die Laufkörbe wurden durch den Aufzug in den schwarzen Abgrund des Schachtes heruntergelassen und glitten dann auf Seilen über Schienen, durch Tunnels in das Maschinenhaus. Jetzt war der Turm leer, und hinter dem Geländer klappte in der Mitte das Maul der userlosen Finsternis.

Bis zum Schermer in den Fingern preßte er die eisernen Stäbe des Bitters in den Händen und sah auf die Eisenbetonbauten, auf die 80 Meter hohen, zu den Sternen strebenden Schöte, auf die klingenden Saiten der Seile und die stehengebliebenen Laufkörbe und mahlte mit den Kiefern, daß die Jahre knirschten.

Wie ein Höllenfeuer dröhnte das Werk. Die Erde zitterte von der Tollheit der Maschinen, und die Luft spritzte mit brennenden Splittern aus den flammenden Fenstern heraus, aus dem das Auge blendenden Ausfloßern der rotierenden Defen, aus den unzähligen Ula Ronden und aus den Dynamitpregungen der Bergmassive. Und dort in der

Buch, am Quai, standen Dzeandampfer und fraßen mit ihren nicht satt werdenden Bäuchen Millionen Tonnen frischen Zements. Und vom Werk zum Quai und vom Quai zum Wert flogen gleich fliegenden Schildkröten mit Pfeifen- und Sirenengeheul ganze Reihen von Laufkörben durch die Luft. Tausende Arbeiter brannten wie Armeen von Teufeln im Feuer, sprengten die Berge zu Schutt und Staub, beleuchteten die Tage durch Schwefel und steinigen Dunst und die Nächte durch die flammenden Fenster und das wogende Feuer.

Das war in der Vergangenheit. Und jetzt ist Stille und ein großer Friedhof. Die Bergwerke, die Stahlwege und Schienen sind mit Gras bewachsen. Das Metall ist mit einer dicken Rostschicht bedeckt und die starken Eisenbetonmauern der Bauten sind durch Wäher und Bergströme verwundet.

Ingenieur Kleist ging langsam, blieb oft stehen und sah auf die vielstöckigen Quadratblöcke der Bauten wie auf das Grabmal einer vergangenen Epoche. Sah hin und dachte. Ging, blieb stehen, und dachte.

Glib bückte sich über das Geländer und sah den zerfließenden Schatten des Ingenieurs Kleist scharf an. Das ist der Mensch, den er in jeder Stunde seines Lebens mit Genuß mit seinen eigenen Händen erwürgen könnte, und diese Stunde wäre die schönste seines Lebens. Das ist er, der ihn in rachsüchtiger Wut den Offiziershorden — also der Folter und dem Tode — ausgeliefert hatte. Und diesen Tag kann Glib in aller Ewigkeit nicht vergessen.

Man hatte die Arbeiter auf der Landstraße, vor dem Bureaubäude in Reih und Glied aufgestellt (es waren nicht mehr viele: viele hatten sich versteckt, viele waren mit der Roten Armee weggegangen). Er und drei seiner Kameraden hatten keine Zeit mehr gehabt, um zu fliehen, und kämpften weiter. Einer der Offiziere, mit einer Nagaika in der Hand, rief die Familiennamen, sie von einem Papier ablesend, laut auf. Er prügelte sie einzeln mit seiner Nagaika und übergab sie dann den anderen Offizieren. Und auch die prügeln, prügeln mit ihren Nagaitas und mit den Revolvern. Glib hörte mit der Oberfläche seines Bewußtseins, ganz verworren, die gräßlichen Schreie der Arbeiter. Und er konnte nicht verstehen, ob es Protestschreie waren oder ob die Offiziere seine Kameraden prügeln. Und sah nur durch blutige Tränen, für einen kurzen Augenblick, wie sie auseinanderstießen und wie die Offiziere mit Nagaitas und Re-

volvern hinter ihnen herjagten. Und als man alle vier mit den blutig zerfleischten Gesichtern in das Arbeitszimmer des Ingenieurs Kleist schleifte, sah dieser, leichenblau, mit bebenden Kiefern, sie lange an. Die Offiziere stellten ihm — alle durcheinander — Fragen, hart, kurz, nach militärischer Art, und er schwieg erschüttert, mit gemachter Kälte. Er schaute Glib durchdringend an und schwieg, und in seinen Augen sah Glib ein Mitleid, das von Ekel durchdrungen war. Und dann sagte er leise, mit einer trübseligen Heiserkeit in der Stimme: „Ja, das ist er... Und die... Ja, ja... das sind sie...“

„Haben Sie sonst nichts zu sagen, Herr Kleist?“

„Was nun weiter zu geschehen hat — ist nicht meine Sache, meine Herren; das ist schon Sache Ihres Gutdünkens.“

Man warf sie in eine leere Scheune und prügelte sie die ganze Nacht. In den Augenblicken des Bewußtseins spürte Glib die Schläge — leise, wie aus der Ferne kommende, und gräßliche, erschütternde, ihn in Stücke zerfleischende. Aber auch diese Schläge waren schmerzlos und seltsam unnötig; als ob er in einem Fach eingemauert läge und jemand sinnlos und froh mit den Füßen an den Wänden herumtrömmelte.

Und als er zu sich kam, war schwarze Stille um ihn. Er kroch betäubt und halb lebendig in der Scheune herum. Stieg auf die von Blut glitzigen Körper der Kameraden. Sie waren weß und kalt und rochen nach Eingeweide und Blut. Er kroch die Wand entlang, fand ein breites Loch und kroch hinaus. Durch die Nacht und das Gebüsch geschüht, kroch er bis zu seiner Hütte, und von da an hatte ihn niemand mehr gesehen.

Das kann man nie, das kann man für die Ewigkeit nicht vergessen.

Daran erinnerte sich Glib, als er in Ingenieur Kleists Zimmer war, erinnerte sich daran auch jetzt, als er ihn, einem Schatten gleich auf der breiten Terrasse herumirrend, beobachtete.

„Guten Abend, Genosse Techniker!... Ist unser Friedhof nicht herrlich? Es gibt viele solche Friedhöfe in der Republik, aber wer kann es mit uns aufnehmen?“

Ingenieur Kleist blieb wie versteinert stehen, erhobte sich aber rosig und sah nicht Glib, sondern die schwarzen Höhlen der herausgebrochenen Fenster der Maschinengebäude an. (Fortsetzung folgt.)

einen Rundgang durch die Redaktion und Sekretariat, sehen den Redakteur beim Umbruch. Dann zeigt uns der Film den Rotationsdruck und die Versandabteilung. Wirkliche Bilder werden aus dem Arbeitsgebiet der Parteiverlagsanstalten gezeigt. Der reiche Beifall bei der Filmvorführung bewies, daß die Genossen für derartige anschauliche Schilderungen lebhaftes Interesse haben. Die Filmvorführung wurde wirksam ergänzt durch ein Referat, das Genosse Vogel im Anschluß an die Filmvorführung hielt. Mit sachlich ausgezeichnetem Material zeichnete der Referent ein Bild des Bürgerkriegs und skizzierte die Forderungen der Sozialdemokratie.

Tieg-Thollembeck in Führung.

Vor Ehmer-Kroschel und Rausch-Hürtgen.

Nach der ersten ereignisreichen Samstagabend, die im vierzehnjährigen gewaltigen Veränderung brachte und zwei junge deutsche Paare, Ehmer-Kroschel und Rausch-Hürtgen, an die Spitze zog, wurden die Fahrer ruhiger. Die Nachmittagswertung am Freitag, die vor einem nur mäßig besuchten Hause vor sich ging, verlief in der ersten Hälfte ruhig. Die

Spurts der Nachmittagswertung.

brachten folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Janaga vor Rausch, Tieg und Koch. 2. Spurt: 1. Linari vor Anappe, Ridel und Buschenhagen. 3. Spurt: 1. Rausch vor Dorn, Tieg und Tieg. 4. Spurt: 1. Thollembeck vor Demoff, Anappe und Bauer. 5. Spurt: 1. Kroschel vor Charlier, Tieg und Janaga. Der Botschaft, der die abgelaufene Stunde anzeigt, ertönt um 3 Uhr nachmittags sind insgesamt 446,800 Kilometer zurückgelegt. In der nächsten Stunde umtreift das Feld im gleichmäßigen Tempo die Bahn. Bis nach 4 Uhr Tonanis einen Vorstoß unternimmt, der jedoch verpufft. Die wenigen Besucher, die in der Mehrzahl an der Auslaufstrecke sitzen, feuern die Fahrer an. Linari ist der nächste Jäger. Auch er hat kein Glück. Charlier mit Kroschel gehen den Vorstoß fort. Demoff führt glimpflich, Buschenhagen schießt auf. Gleich darauf jagt Demoff davon, jetzt schließen Kroschel und Rausch auf. Tieg schießt bravoutas los und kann sich sicher vom Frede lösen. Sein Partner Thollembeck hält den Vorsprung und vergrößert ihn. Nach acht Runden holen Tieg-Thollembeck zunächst Janaga und später Rühl, Behrend, Dorn, Bauer und meißer! Ehmer, Tonani und Rieche halten sich am besten. Bald aber lassen auch die Kräfte Tonanis und Rieches nach. ... Schließlich sind nur noch Ehmer-Kroschel zu sehen. Nur eine Viertelstunde vor Tieg-Thollembeck kämpfen sie. Kroschel führt in der Ziellinie — und Ehmer wird nun von der deutsch-belgischen Kombination erreicht! Tieg-Thollembeck sind Mitglieder der Spitzengruppe geworden und placieren sich hinter Ehmer-Kroschel vor Rausch-Hürtgen. Linari-Janaga holt bei dieser ganzen Anstrengung zwei weitere Runden eingebüßt und liegen nunmehr vier Runden zurück. Die Zeit der

Zweiten Nachmittagswertung

ist herangerückt: 6. Spurt: 1. Bauer vor Demoff, Rausch und Jacquesbag. 7. Spurt: 1. Kroschel vor Rühl, Ridel und Dupuisier. 8. Spurt: 1. Koch vor Dorn, Tieg und Ehmer. 9. Spurt: 1. Ridel vor Thollembeck, Dupuisier und Bombst. 10. Spurt: 1. Behrend vor Tieg, Dorn und Ehmer.

Stand des Rennens

Nach der Nachmittagswertung: 1. Ehmer-Kroschel 51 Punkte, 2. Tieg-Thollembeck 48 Punkte, 3. Rausch-Hürtgen 13 Punkte. Eine Runde zurück: 4. Dorn-Ridel 37 Punkte, 5. Bauer-Charlier 25 Punkte, 6. Demoff-von Kempen 23 Punkte, 7. Knappe-Tonani 22 Punkte, 8. Kroll-Rieche 21 Punkte, 9. Koch-Buschenhagen 19 Punkte, 10. Junge-Behrend 18 Punkte, 11. Keris-Dupuisier 5 Punkte. Zwei Runden zurück: 12. Bombst-Lacquebag 1 Punkt. Drei Runden zurück: 13. Rühl-Wette 6 Punkte. Vier Runden zurück: 14. Linari-Janaga 18 Punkte. Um 1 Uhr nachmittags hat das Feld 515,100 Kilometer zurückgelegt. Die kommenden Abend- und Nachmittagsstunden werden wieder große Anforderungen an das Fahrermaterial stellen. Irgendwelche Prophezeiungen sind zweifellos. Alle Fahrer — bei Linari-Janaga trifft das vielleicht am bedingtesten — sind gut auf dem Posten und auf Eventualitäten gefaßt. Bombst-Lacquebag, die einzige Mannschaft mit zwei Versuchsrunden, werden bald ihre Position zu verbessern wissen. Anders steht es mit Tieg von Kempen. Der „fliegende“ will und kann auch inselnd nicht mehr fliegen. Das beweisen die bisher ausgetragenen Spurts am besten. Und seine bisherige Einstellung auf Jagden über ebenfalls eine nur halbwegs Angelegenheit. Bei der Mannschaft Kroll-Rieche hat der letztere sicherlich nachgelassen, doch noch lange nicht ist das Feld ausgepumpt. Für Ehmer-Kroschel und Rausch-Hürtgen werden noch harte Stunden kommen, die die routinierteren Tieg-Thollembeck weniger zu fürchten haben.

Der zweite Abend

In den Abendstunden füllte sich die weite Halle nur langsam. Im Felde geht es gemütlich zu. Runde auf Runde werden in geduldigem Tempo zurückgelegt. Dann und wann ein rechtlicher Vorstoß, den die Fahrer jedoch selbst nicht ernst nehmen. So wird es 1 Uhr, so wird es 9 Uhr und das Publikum hat noch nichts zu sehen bekommen. So geht es weiter bis nach 10 Uhr, als Rühl losgeht und mit seinem Partner Wette mühelos eine Runde aufholt, ohne daß das Feld auch nur den geringsten Versuch unternimmt, nachzujagen. Rühl-Wette liegen somit nur noch zwei Runden zurück.

Die 10-Uhr-Abendwertung.

1. Spurt: Bauer vor Demoff, Janaga und Buschenhagen. 2. Spurt: 1. Behrend vor Koch, Tonani und Rühl. 3. Spurt: 1. Dupuisier vor Ridel, Rieche vor Anappe. 4. Spurt: 1. Charlier vor Tonani, Keris und Dorn. 5. Spurt: 1. Linari vor Tieg, Anappe und Ridel. 6. Spurt: 1. Kroll vor Ehmer, Charlier und Tonani. 7. Spurt: 1. Linari vor Kroschel, Tieg und Junge. 8. Spurt: 1. Janaga vor Tonani, von Kempen und Kroll. Nach dem 8. Spurt intessiert Keris eine wilde Jagd, Demoff hinterher, von Kempen ängt an zu jagen. 9. Spurt: 1. Demoff vor Thollembeck, Keris und Charlier. Weiter geht die Jagd. 10. Spurt: 1. Thollembeck vor von Kempen, Rausch und Charlier. Erst nach längerer Zeit beruhigt sich das Feld langsam. Nach der 40-Runden-Jagd zeigt es sich, daß Linari-Janaga, Keris-Dupuisier, Bauer-Charlier, Koch-Buschenhagen, Dorn-Ridel und Rühl-Wette eine Runde verloren.

Die 40-Rundenjagd wurde, wie schon erwähnt, von Keris eingeleitet. Demoff setzte die Jagd fort. Bauer kann ausschließen, um aber alsbald wieder zurückzufallen. Tieg schießt noch einmal vor. Und nun werden Rühl-Wette und Dorn-Ridel zuerst erreicht. Dann müssen auch die übrigen vier bereits genannten Paare an die Ueberwindung glauben.

Nach der Wertung und nach der Jagd ergibt sich nunmehr folgender Stand des Rennens: Spitze: Tieg-Thollembeck 61, Ehmer-Kroschel 57, Rausch-Hürtgen 15; eine Runde zurück: 4. Demoff-von Kempen 36, 5. Knappe-Tonani 34, 6. Kroll-Rieche, 7. Junge-Behrend je 24 Punkte; zwei Runden zurück: 8. Bauer-Charlier 19, 9. Dorn-Ridel 12, 10. Koch-Buschenhagen 28, 11. Keris-Dupuisier 24, 12. Bombst-Lacquebag 4 Punkte; drei Runden zurück: 13. Rühl-Wette 7 Punkte; fünf Runden zurück: 14. Linari-Janaga 30 Punkte.

Gr. öffentliche Kundgebung der Berliner Mieterschaft

am 6. Nov., vorm. 10 Uhr, im Konzerthaus „Clou“, Mauerstr. 82

Thema: Gegen Abbau der Mieterschutzgesetze, Gegen jede Mieterhöhung, Gegen den wucherischen Hausbesitz, Für den Ausbau des Mieterschutzes, Für ein soziales Miet- und Wohnrecht.

Ref.: Bundesvorsitzender Fritz Dylek, Rechtsanwalt Dr. W. Goebel

Zu dieser Kundgebung sind die Mitglieder des Wohnungsausschusses des Reichstages besonders eingeladen. — Außerdem werden Vertreter anderer Interessensorganisationen und Parteien zu Wort kommen.

Mieter Berlins, es geht um Euer Heim, um Eure Familie, um Eure Existenz!

Sorgt durch vollzähliges Erscheinen, daß diese Kundgebung der Regierung zeigen muß, daß auch die Berliner Mieterschaft sich weitere Verschlechterungen nicht länger gefallen läßt.

Reichsbund Deutscher Mieter, Verband Berlin / Gau Berlin im Bunde Deutscher Mietervereine, Ein Dresden / Mieter und Wohnungssuchende-Verband Deutschland / Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Berlin / Allgemeiner Freier Angestellten-Verein, Ortsrat Berlin.

Wieder ein Raubüberfall.

Das Opfer eine 67jährige Bureauangestellte.

Die 67 Jahre alte Bureauangestellte Gertrud Leising, die im Bureau des „Jugendheim e. V.“ in der Goethestr. 22 zu Charlottenburg tätig ist, wurde gestern das Opfer eines heimtückischen Überfalls.

Die betagte Dame war nach dem Postschloß gegangen, um dort für den Betrag 425 Mark zu erheben, und trug das Geld in einer braunledernen Aktentasche bei sich. Als sie sich dem Hause Goethestr. 22 näherte, in dessen erstem Stock der Berlin seine Geschäftsräume hat, ging ein junger Mann eiligen Schritts vor ihr in das Haus hinein. Die Dame war gerade bis zum Treppenaufgang emporgestiegen, als der Fremde plötzlich von oben wieder herabkam. Im Vorübergehen warf er der Dame eine Mischung aus Salz und Kampfer in die Augen, entließ ihr die Aktentasche mit dem Geld und eilte damit die Treppe hinunter und aus dem Hause heraus. Trotz heftiger Schmerzen ließ die Dame ihm nach und rief laut um Hilfe. Sie sah aber nur nach, daß der Räuber um die Ecke der Weimarer Straße bog, dann war er verschwunden. Bisher dem Vereinseigentümer die Tante Privatigentümer der Beraubten, eine Bäckerin mit 6 Mark, eine Scheinfische mit 15 Mark, eine Hornbrille und 6 Fahrkarten für die Untergrundbahn. Allen Anzeichen nach hat der Räuber die Dame schon auf dem Postschloß abgeholt und ist ihr heimlich gefolgt. Es ist ein junger Mann von etwa 18 bis 20 Jahren, der einen dunklen Jacketanzug, einen weichen Hut, aber keinen Ueberzieher trug. Seine Kleidung sah gut und sauber aus. Mitteilungen, die zu seiner Ermittlung und Festnahme führen können, sind an Kriminalkommissar Bernburg in Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu richten.

Die Konsum-Werbekolon im Berliner Gewerkschaftshaus weist täglich etwa 3000 bis 4000 Besucher auf. Den starken Andrang Rechnung tragend, finden die Modevorführungen allmählich statt, wodurch erreicht wird, daß der Verkehr in den Ausstellungen-

Funkwinkel.

Strauß, Respighi und Paul Grener sind heute schon beinahe Klassiker der Musik geworden. Gegenüber der Monotonität der Tungen wirkt ihre Reizbarkeit, ihre Kerenkumst abgeflacht ruhig. Der Dirigent des Abendkonzerts Dr. Julius Kopsch gibt diese beherrschte Ruhe, ist von vornehmer Distanziertheit, sehr gewissenhaft im Herausarbeiten des Details und magt doch immer die große Linie. Ein Dirigent von hoher Kultur. Solisten sind Maurits van den Bergh und Lisa Frant. Van den Bergh spielt Respighis igrisch zarte und schwermütige „Herbstdichtung“ mit einer gewissen Herbeheit. Lisa Frants reiner Sopran klingt in drei Straussliedern warm und in allen Lagen schmelzig und findet in der „Winterliebe“ dramatische Ausdruckskraft. In seinem Zyklus „Jüngste russische Dichtung“ behandelt Dr. Fritz Schwiessert proletarische Lyrik und die Revolutionierung der bürgerlichen Intelligenz nach dem Umsturz. Die futuristischen Dichter, aus dem bürgerlichen Lager stammend, wandelten sich zu Dichtern des unmittelbaren Erlebens, aber ihre Bemühungen endeten in formalen Spielereien, ohne das Leben künstlerisch gestalten zu können. Die Sehnsucht der Russen nach einer großen proletarischen Kunst ist bis heute nicht erfüllt worden. Die jungen sowjetrussischen Dichter, die jetzt allmählich den Hymnus auf die Revolution sollen lassen, schildern fast ausschließlich die Technik, die Fabrik, die Maschinen und zwar in einem Stil, der durchaus an schematische Plakatkunst erinnert. Neben diesen Ausführungen sätzer Schwiessert diesmal Gedichte und Prosa. — Walter Ruppel will eine Reise im Frachtdampfer um Europa schildern. Es bleibt aber nur bei einer trockenen Aufzählung von Städte- und Ländernamen, von geographischen und ozeanographischen Merkmalen, die meistens bekannt sind. Man vermisst das Erlebnis und den Frachtdampfer.

räumen sich ohne Störung abwickelt. Da für den nächsten Sonntag mit einem Waffenschuß zu rechnen ist, sei allen, die es irgendwie möglich machen können, empfohlen, den Besuch der Werkschau an den Wochentagen vorzunehmen. Am Montag, dem 7. November, abends 10 Uhr, wird die elf Tage umfassende genossenschaftliche Veranstaltung geschlossen.

Helden...

Überfall auf „Vorwärts“-Aussträger.

Von zwei Genossen, die schon seit Jahren den „Vorwärts“ austragen, wird uns gemeldet, daß sie von politisch Andersdenkenden überfallen worden sind. Der eine Vorfall hat sich am Sonntag früh abgepielt. Genosse Schreiber, der Invalide ist und seiner Frau beim Zeitungstragen hilft, wurde am Sonntag, dem 30. Oktober, früh 4 1/2 Uhr, von vier Streichen belästigt, die vor seiner Haustür auf ihn gemauert hatten. Er wurde als „Arbeiter-narr“ beschimpft. Als er sich diese Beschimpfung verbat, schlugen die Köhlinge auf den kriegsverletzten Schreiber ein. Bisher gelang es unserem Genossen nicht, die kommunistischen Radauheiten feststellen zu lassen. — Der zweite Vorfall hat sich am Freitag früh um 1 1/2 Uhr abgepielt. Unser Zeitungsträger, Genosse Babawski, wurde von einem Stahlheimmann müßig beschimpft und geschlagen. Unserem Genossen gelang es mit Unterstützung eines Polizeibeamten, den Prügelhelden festzunehmen zu lassen. Er wurde der Abteilung 1 A des Polizeipräsidiums zugeführt. — Beide Vorfälle sind wieder einmal Beweis, daß unsere Gegner rechts und links weniger Wert darauf legen, die Sozialdemokratie mit geistigen Waffen zu bekämpfen. Sie glauben, mit derartigen brutalen Korbelsitten ihre Wut gegen die Sozialdemokratie stillen zu können. Dabei kommt es diesen Feiglingen auch nicht darauf an, alte, körperlich nicht mehr tüchtige Menschen zu überfallen. Traurige Helden!

Die Bestattung Maximilian Hardens. Im Krematorium Wilmersdorf erfolgte am gestrigen Freitag mittag die Trauerfeier für Maximilian Hardens, zu der auf ausdrücklichen Wunsch des Verstorbenen und der Witwe nur ein kleiner Kreis von Freunden des Hauses besondere Einladungen erhalten hatten. An Stelle einer Gedächtnisrede, von der man Abstand genommen hatte, sprach Ernst Deutsch Worte von Goethe und den Epigramm-Monolog. Unter den Klängen eines Bachschen Weigenlieds fand der Sarg sodann zur Einäscherung in die Tiefs. Vorher dieser Trauerfeier im engsten Familienkreise werden die Freunde Maximilian Hardens in nächster Zeit eine Trauerkundgebung veranstalten.

D 1220 auf den Azoren gelandet.

Soria (Azoren), 4. November.

Das Heinkel-Flugzeug D 1220, das heute vormittag 6 Uhr 15 in Lissabon aufgestiegen war, ist um 17.10 Uhr mitteleuropäischer Zeit glatt gelandet.

Ueberschwemmungen in Amerika.

New York, 4. November.

Der durch die äußerst heftigen anhaltenden Regengüsse in den nördlichen und westlichen Teilen der Neu-England-Staaten und im nördlichen Teile des Staates New York angerichtete Schaden wird bereits auf viele Millionen Dollar geschätzt. Staubecken und Dämme sind gebrochen, Brücken weggeschwemmt, Mühlen und Fabriksbetriebe mussten vielfach eingestückt werden. In der Ortschaft Bedet (Massachusetts) wurden 400 Wohnhäuser und mehrere Fabriksanlagen infolge Vertretens des anderthalb Kilometer entfernten Staubeckens fortgeschwemmt; die Einwohner konnten rechtzeitig gewarnt werden. Nach den bisherigen Meldungen sind den Ueberschwemmungen 17 Personen zum Opfer gefallen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 64, Lindenstraße 2, 1. Tel. 7 Fern. rechts, zu richten.

Alle Abteilungen, die noch kein Material für die Werbemache abgeholt haben, können dies heute von 9 bis 17 Uhr nachholen. — Sonntag, den 6. November, ist das Sekretariat geschlossen.

2. Kreis Wilmersdorf, Montag, 7. November, 10 Uhr, Monatsversammlung aller parteigenösslichen Beamten bei Andreas, Platsburger Str. 16. Referat des Genossen Krüger und Biermann über „Die Polizeibeamtensreform“. Erscheinen ist Pflicht. Eingeladene Gäste sind besonders willkommen.

14. Kreis Kreuzberg, Montag, 7. November, 10 Uhr, Monatsversammlung aller parteigenösslichen Beamten bei Andreas, Platsburger Str. 16. Referat des Genossen Krüger und Biermann über „Die Polizeibeamtensreform“. Erscheinen ist Pflicht. Eingeladene Gäste sind besonders willkommen.

Heute, Sonnabend, 5. November: 21. Abt. Ab 18 Uhr Flugblattverteilung von den Schladendeleken aus. Die Bezirksführer holen sofort das Werbematerial ab.

22. Abt. Flugblattverteilung heute von 17 bis 19 Uhr, Sonntag von 9 bis 10 Uhr. Sonntag um 14 Uhr Treffpunkt zur Demonstration auf dem Reppenhilfen. Jedes Mitglied muß daran teilnehmen.

24. Abt. 19 1/2 Uhr bei Penzlin, Weinbrenner Str. 1. Regionalversammlung. Thema: Unsere Werbemache. Referent: Genosse Krüger, 21. 2. 2.

27. Abt. 18 Uhr Flugblattverteilung von folgenden Katalogen aus: Schladende Krüge und Weiberg gemeinsam bei Weiberg, Wegmann, Sonnenburger Straße 1, Kochmann, Strömke, 18. Bund, Koppenhagen Str. 42.

29. Abt. Die Genossen treffen sich zur Flugblattverteilung 17 Uhr und Sonntag 9 Uhr bei Burg, Prenzlauer Allee 139.

35. Abt. Ab 17 Uhr und Sonntag ab 9 Uhr Flugblattverteilung von den bekannten Katalogen aus. Schließliche Beteiligung aller Mitglieder unbedingt erforderlich.

36. Abt. Heute und Sonntag früh Flugblattverteilung. 1. 2. Gruppe: Rühl, Hiller Str. 27. 3. 4. Gruppe: Wittich, Fetschburger Str. 1. Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, sich hieran reiflich zu beteiligen.

37. Abt. 17 Uhr Flugblattverteilung bei Pfeiffer, Fousburgstr. 2. Wir erwarten zahlreiches Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

38. Abt. Flugblattverteilung und Materialausgabe ab 18 Uhr bei Vertusch, Friedenstr. 88. Kurze Besprechung der Bezirksführer. 160. Bezirk: Dienstag Flugblattverteilung bei Max, Friedenstr. 82.

39. Abt. Werbematerial sowie Flugblätter sind heute nachmittag vom Genossen Knut, Lindenstr. 2, abzuholen. Allgemeines Flugblattverteilung am Sonntag ab 9 Uhr von den Genossen Knut aus.

40. Abt. 17 1/2 Uhr Treffpunkt zum Werbemachen Genossenpromenade. Das Werbematerial ist von Reuter, Fetschburger Str. 20, abzuholen.

41. Abt. Treffpunkt zum Werbemachen 17 1/2 Uhr auf der Genossenpromenade. Flugblattverteilung Sonntag 9 Uhr von den bekannten Bezirkskatalogen aus.

42. Abt. Treffpunkt zur Werbemachen 17 1/2 Uhr Genossenpromenade. Nach Schluß des Werbemachens der Flugblätter und des Werbematerials an die Bezirksführer bei Schladendeleken, Lindenstr. 2, Sonntag 9 Uhr Flugblattverteilung. Ausgabe der Flugblätter in den Wohnungen der Bezirksführer. Die Funktionserklärung am Montag fällt aus.

43. Abt. Material für die Werbemache durch die Gruppenleiter ist von Wankel, Glogauer Str. 4, abzuholen. Sonntag 9 Uhr Treffpunkt in den Gruppenkatalogen zur Flugblattverteilung. Klammern darf fehlen. Jeder besorge sich in seine Gruppe zur teilnehmenden Mitarbeit. Beteiligungslisten sind beim Abteilungsleiter abzugeben.

Die Liebe geht durch den Magen

Und aufs Brot die frische Resi

Resi-Speisen

auf den Tisch!

Denn diese bayerische Kernmargarine aus den D. M. B. Nürnberg vereinigt zum ersten Mal höchste Nährkraft und höchsten Wohlgeschmack: Vitamine und Alpenmilch.

Zu jedem Pfund der Tafelmargarine „Frische Resi“ verlangt man gratis den neuesten Band der Resi-Kochbücher! Vertreter der V. M. W. Nürnberg: Resi-Agentur, Berlin NO 44, Neue Kottbusstr. 27. Tel.: Köpenick 1864, 1865, 1867

Die „Not“ der Braunkohlenherren.

Rund 50% des „Bubiag“-Kapitals verdient. — Drama Schwiebuser Kohlenwerke.

Die mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenmagnaten haben gegenüber den aus der Not geborenen Forderungen der Bergarbeiter den Eindruck erweckt, als ob die Braunkohlenindustrie sich nur mit Mühe und Not über Wasser halten könnte. Der jetzt veröffentlichte Abschluß der im Niederlausitzer Revier führenden „Bubiag“ (Braunkohlen- und Breiit-Industrie A.G. Berlin), sagt etwas ganz anderes.

Die Förderung ist seit 1924/1925 von 3,5 auf 3,9 bis auf 4,1 Millionen Tonnen Rohstoffe gestiegen und die Breiit- und Ziegelproduktion von 1,2 auf 1,4 Millionen Tonnen. Dagegen haben sich die Belegschaften von 4254 Mann im Jahre 1924/1925 auf 3825 vermindert, so daß sich die Jahresleistung je Kopf von 1105 auf 1438 Tonnen, also um rund 30 Proz., erhöht hat. Angeregt durch die Sommerabgabe hat der Berliner Kohlenhandel sich sogar derartig eingebekkt, daß die sonst um die Herbstzeit üblichen Halbdenauffüllungen diesmal nicht stattgefunden haben.

Bei der Festsetzung des Reingewinns und der Ausschüttung der Dividende ist die „Bubiag“ mit „Rücksicht“ auf die Arbeiterkraft immer sehr vorsichtig. Diesmal besonders. Die an sich hohe Dividende von 10 Proz. hält die Ausschüttungen an die Aktionäre auf dem Stand der beiden Vorjahre. Auch der von 2,0 auf 2,4 Millionen Mark gestiegene Reingewinn will trotz der Erhöhung der Abschreibungen um eine halbe Million auf 2,75 Millionen Mark noch nichts besagen. Erst unter Hinzurechnung der enormen Neubauten und Grundstückszugänge treten die tatsächlich erzielten Reingewinne deutlicher in Erscheinung. Nicht weniger als rund sieben Millionen sind in Werksausbauten und neuen Grundstücken angelegt worden, denen nur eine Erweiterung der Grundschulden um 2,3 Millionen gegenübersteht. Außerdem sind die Wertpapierbestände (ohne Bewertungsreserven) um 2,8 auf 6,5 Millionen Mark vermehrt, so daß zu dem im Reingewinn ausgewiesenen bescheidenen 2,4 Millionen noch rund 7 1/2 Millionen verbaute oder angelegte Betriebsgewinne hinzukommen. Somit hat die Gesellschaft trotz der „kaum noch tragbaren“

Steuern und Soziallasten rund 50 Prozent ihres Aktienkapitals von 20,6 Millionen Mark tatsächlich verdient. Damit nicht genug sind die Bankguthaben um weitere drei Millionen auf 4,6 Millionen Mark angewachsen und haben sich gegenüber dem Abschluß von 1924/1925 verdreifacht. Die gesamten Forderungen einschließlich der Bankguthaben sind von 5,5 auf 7,4 Millionen Mark gestiegen, während die laufenden Verpflichtungen sich von 3,1 auf 5,2 Millionen Mark erhöhten.

Auf der Generalversammlung erklärte Generaldirektor Büren, daß dank des guten Einvernehmens zwischen Belegschaft und Verwaltung die Betriebe vom Streik höchstens zu 8 Prozent betroffen worden seien, eine Angabe, die wohl noch nachzuprüfen ist. Vielleicht werden die Werks- und Stahlwerke der gebliebenen Belegschaften durch diesen Abschluß zum Nachdenken noch etwas mehr angeregt als bisher. Wenn Herr Generaldirektor Büren weiterhin erklärte, daß die Entscheidung des Schiedspruches und die Höhe der gewährten Lohnzulagen die Arbeiter ebenso überrascht hätten wie die Unternehmer, so werden die Belegschaften in der Frage der Lohnhöhe erheblich anderer Meinung sein als die Generaldirektoren.

Uebrigens hat sich die Bubiag-Verwaltung mit der Stilllegung der Vereinigten Schwiebuser Kohlenwerke zum 1. September einen besonderen Streich geleistet. 200 alte Bergleute wurden damit brotlos gemacht, eine ganze Gemeinde und alle Gewerbetreibende ruiniert. Die „Bubiag“ schwimmt in Geld; eine neue Grube anzulegen, wenn die alte nicht zu halten ist, hängt von ihrem Willen ab. Dennoch wird erklärt, dazu sei kein Geld da. Das Beste aber ist, daß auch die Behörden bei den Stilllegungsverhandlungen auf diesen Dreh sich einließen und die Genehmigung zur Stilllegung gaben. Hier ist unbedingt nach dem Rechten zu sehen. So darf bei riesigen Millionengewinnen mit den Belegschaften nicht Schindluder getrieben werden.

Die neuen Richtlinien der Beratungsstelle.

Das Prokrustesbett der Gemeinden — Fehler, die sich rächen müssen.

Das Reichsfinanzministerium hat jetzt den Vorlauf der neu-gefaßten Richtlinien der Beratungsstelle für öffentliche Auslandsanleihen veröffentlicht. Wie bisher schon deutlich erkennbar war, ist das Korsett, das die Länder und Gemeinden bei ihrer Finanzierung tragen müssen, noch enger geschnürt worden als bisher, und zwar ganz entsprechend den volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigenden Wünschen der Reichsbank. Sowohl bei den vorgenommenen Verschärfungen der Richtlinien selbst als auch bei der Einrichtung der Berufungsinstanzen hat sich der Wille der Reichsbank durchgesetzt.

Die Geltung der Richtlinien ist auf den Auslandsverkauf geschlossener Posten von Kommunalobligationen ausgedehnt worden. Dann müssen kurzfristige Auslandskredite der Gemeinden und Gemeindeverbände in jedem Falle dem Prüfungsverfahren der Beratungsstelle unterworfen werden. Ferner kann in allen Fällen, wo die Beratungsstelle aus wirtschafts- und währungspolitischen Gründen eine Beratung für notwendig hält, die Prüfung erfolgen. Eine ganz generelle Verschärfung ist die Einschränkung des währungs- und wirtschaftspolitischen Gesichtspunktes überhaupt, und zwar um so mehr, als sich für dessen Anwendung keine Maßstäbe feststellen lassen und tatsächlich keine Maßstäbe festgelegt worden sind.

Die neu eingeführte Berufungsinstanz ist alles weniger als ein Schutz dagegen. Zwar kann auch das von einer Ablehnung betroffene Land Berufung einlegen, aber daß statt der Sachverständigen in der Berufungsinstanz der Wirtschafts- und Finanzminister sowie der Reichsbankpräsident selbst tätig sind, ist natürlich keine Verbesserung der Aussichten für abgelehnte Anleihen. Ebenfalls keine Verbesserung der Aussichten für abgelehnte Anleihen, die die Beschlüsse der Beratungen, des Stimmendenverhältnisses bei Beschlüßfassungen und der Person des Sachverständigen, der die Berufung eingelegt hat, die Situation der Länder und Gemeinden verbessern, weil damit die Hilfe der öffentlichen Meinung, die ein wirksamer Schutz sein könnte, ausgeschlossen wird.

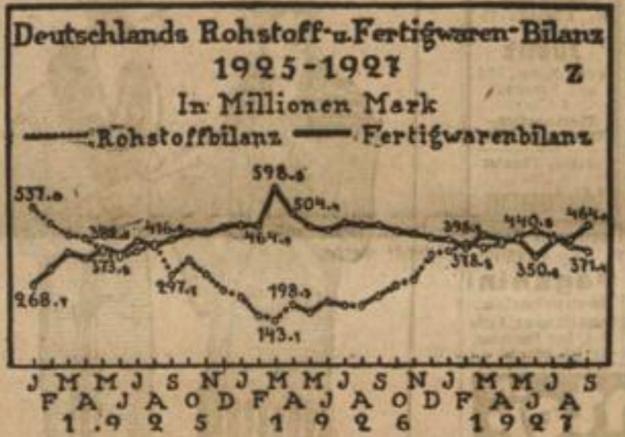
Nicht nur die Verschärfungen, sondern die Einrichtungen der Beratungsstelle selbst bleiben ein durch nichts gerechtfertigtes Ausnahmemaß und eine volkswirtschaftliche Dummheit. Hätte die Reichsbank in dem zurückliegenden Jahre vernünftige Diskontopolitik gemacht, dann wäre eine besondere Regelung der deutschen Auslandsverschuldung überhaupt überflüssig. Daß bei Auslandsanleihen der Privatwirtschaft einfach unterstellt wird, daß diese von vornherein produktiv und aus wirtschafts- und währungspolitischen Gründen unbedenklich seien, ist nur aus Unwissenheit oder aus dem Willen zu erklären, trotz der den Gemeinden angelegten steuerlichen Daumenschrauben diesen zugunsten der Privatwirtschaft die Wege finanzieller Selbsthilfe zu verstopfen. Daß es leichtlich bei dem ganzen Verfahren darauf ankommt, die Steuerlasten des Privatkapitals zu schärfen und die befristete Steuerpolitik des Reichsblocks gegen die Gemeinden und die breiten Massen zu verschärfen, das kann allmählich auch der Blinde mit dem Krüdstock fühlen.

Es ist eine vergebliche Hoffnung, daß man auf diese Weise Notwendigkeiten, die von wirtschaftlichen Gesetzen, nicht von dem Willen der Gemeinden diktiert sind, aus dem Wege gehen kann. Hinter der ganzen Finanzminister der Gemeinden stehen noch schwerwiegende von der Privatwirtschaft, der Reichsbank und der Rechtsblockregulierung spätestens seit 1925 begangene wirtschafts- und kreditpolitische Fehler, die sich dadurch nicht beseitigen lassen, daß man die Gemeinden in ein Prokrustesbett der Armut und finanziellen Unbeweglichkeit zwingt. Es ist nur bedauerlich, daß die Länder, die für die Finanzlage ihrer Gemeinden mitverantwortlich sind, die wirklich entscheidenden wirtschafts- und währungspolitischen Gesichtspunkte, die früher von den verantwortlichen Stellen hätten wahrgenommen werden müssen, den jetzt Verantwortlichen nicht deutlicher vor Augen geführt haben.

Konjunktur und Handelsbilanz.

Für eine richtige Bewertung der deutschen Handelsbilanz in ihrem Verhältnis zur Konjunktur kommen in erster Linie in Betracht die beiden wichtigsten Faktoren, und zwar die Rohstoffbilanz, d. h. der Ueberschuß der Rohstoffeinfuhr über die Rohstoffausfuhr, und die Fertigwarenbilanz, d. h. der Ueberschuß der Fertigwarenausfuhr über die Fertigwareneinfuhr. Wie aus der Graphik ersichtlich ist, nimmt die Fertigwarenbilanz im Verhältnis

zur Rohstoffbilanz einen eigenartigen Verlauf. Seit August 1925, als die verminderte Kaufkraft Deutschlands und die nicht ausreichenden Kredite die Rohstoffeinfuhr lieferten, wächst die Ausfuhr der Fertigwaren und begünstigt die Fertigwarenbilanz. Der Höhepunkt wird im März 1926, bald nach der größten Arbeitslosigkeit, mit 598,8 Millionen Mark erreicht, und zu gleicher Zeit sinkt die Rohstoffbilanz auf den Tiefstand von 143,7 Millionen Mark.



Mit der allmählichen Erholung der deutschen Wirtschaft und der Erstarbung des inneren Marktes steigt auch der Bedarf an Rohstoffen, so daß die Rohstoffbilanz ziemlich schnell sinkt, während die Fertigwarenbilanz abflaut; im Februar 1927 sinkt sie sogar unter dem Saldo der Rohstoffbilanz. Seit dieser Zeit nimmt die Entwicklung, wie sie auf der Graphik so anschaulich zum Ausdruck kommt, einen wechselnden Verlauf. Die Tendenz der letzten Monate ist allerdings zugunsten der Fertigwarenbilanz.

Erhebliche Verluste einer mitteldeutschen Genossenschaftsbank. Von der Mitteldeutschen Zentralgenossenschaftsbank, Erfurt, die über hundert thüringische und mitteldeutsche städtische Kreditgenossenschaften betreut, werden recht erhebliche Verluste gemeldet. Hoffentlich wird die jetzt einsetzende Untersuchung die als Verlust gemeldete Summe von 450 000 M. nicht noch erhöhen. Vorstand und Aufsichtsrat sind aberufen worden. Die Deckung der Verluste soll durch Regreßlagen gegen die bisherige Verwaltung und durch die angeschlossenen Genossenschaften erfolgen. Die Mitteldeutsche Zentralgenossenschaftsbank hat in der Hauptsache Gelder von der thüringischen Staatsbank und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse. Wenn diesen gegenüber von den angeschlossenen Genossenschaften auch die Haftung übernommen wird, so bleiben die Verluste doch sehr bedauerlich. Ursache der Verluste sollen Effektenpekulationen sein, die wegen der großen Handlungsunkosten zur Erhöhung der Gewinne vorgenommen wurden.

Der Abfall des Deutschen Kaligndikats im Oktober 1927 betrug 637 274 Doppelzentner Reinkalf gegen 631 670 Doppelzentner Reinkalf im gleichen Monat des Vorjahres. Der Abfall in den ersten sechs Monaten (Mai bis Oktober) des laufenden Düngejahres beträgt 4 815 958 Doppelzentner Reinkalf gegen 4 588 903 Doppelzentner Reinkalf in den ersten sechs Monaten des Düngejahres 1926/27. Der Abfall in den ersten zehn Monaten des laufenden Kalenderjahres beträgt 10 705 684 Doppelzentner Reinkalf gegen 9 356 682 Doppelzentner Reinkalf in den ersten zehn Monaten des Kalenderjahres 1926.

Große Fusion in England. Die englische Wirtschaft begreift allmählich, daß nur bewußte Konzentrationen der Industrie die schädlichen Kriegsfolgen ausgleichen können. Dieses Bewußtsein hat in folgenden Worten des Ausschusses der englischen Bickersgesellschaft deutlichen Ausdruck gefunden: „Die englische Eisenindustrie wird ihre Rettung nicht in der Senkung von Löhnen oder in der Aufrichtung von Zollmauern finden. Ein großer Prozentsatz der Werke ist technisch ungeeignet, unter den gegenwärtigen Bedingungen erfolgreich zu konkurrieren. Ich sehe keinen Grund, warum durch weitgehende Zusammenschlüsse die Stahl- und auch die Maschinenindustrie nicht wieder zur Prosperität gelangen soll.“ Der von ihm geführte Bickers-Konzern und die Armstrong-Gesellschaft, die beiden bedeutendsten englischen Rüstungsfirmen, die auch Maschinen-, Lokomotiv- und Schiffbau betreiben, haben aus dieser Auffassung jetzt die Konsequenz gezogen. Die beiden englischen Krupps werden 75 Proz. ihrer Anlagen in einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft vereinigen, um auf diese Weise ihre Kosten zu senken und ihre Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Beide Firmen sind Riesenunternehmen: Bickers hat ein Kapital von rund 250 Millionen und Armstrong ein Kapital von über 200 Millionen Mark.

Woher stammen die Zolleinnahmen?

Für Leute, die nicht sehen oder lernen wollen.

Vor drei Monaten hat die „Deutsche Tageszeitung“ gelegentlich Einwendungen gegen die Behauptung erhoben, daß das Zollaufkommen zum größten Teil aus Lebensmitteldöllen herrühre. Einige ganz kluge Leute fanden sogar heraus, daß die vom Reichswirtschaftsminister befürwortete Senkung der Zölle auf industrielle Produkte wegen der Gefahr für die Zolleinnahmen nicht werde durchgeführt werden können. Neuerdings hat sogar der Finanzminister behauptet, daß diese Zollsenkungsaktion mit wesentlichen Rückgängen der Zolleinnahmen werde erkaufte werden müssen. All diese Behauptungen beruhen auf der Unkenntnis, die noch immer über die Quellen der riesigen Zolleinnahmen des Deutschen Reiches besteht.

Neuerdings hat das Statistische Reichsamt in dieser Hinsicht eine erfreuliche Klärung geschaffen. Die letzte Ausgabe des statistischen Jahrbuchs enthält eine Uebersicht über die Verteilung der Zolleinnahmen auf die einzelnen Warengruppen des Zolltarifs im vergangenen Jahre 1926. Es entfiel in Millionen Mark im Jahre 1926 auf

Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft und andere tierische und pflanzliche Naturerzeugnisse; Nahrungs- und Genussmittel	631,5
Mineralische und fossile Rohstoffe	77,4
Textilwaren usw.	45,0
Maschinen, elektrotechnische Erzeugnisse usw.	28,8
Uedle Metalle und Waren daraus	26,3
Chemische Erzeugnisse	6,8
Leber und Lederwaren usw.	4,8
Geschmiedete Waren usw.	4
Summwaren	3,8
Glaswaren	2,6
Papierwaren	2,5
Alle übrigen	7,0

Diese Uebersicht bestätigt die ausschlaggebende Bedeutung der Lebensmitteldöllen für die Zolleinnahmen des Reichs und zeigt deutlich, daß von einer finanziellen Bedeutung der hofentlich doch noch zu erwartenden Senkung der industriellen Zölle praktisch überhaupt kaum eine Rede sein kann. Das bestätigen auch unsere Berechnungen über die wichtigsten Zolleinnahmen der ersten drei Vierteljahre des neuen Jahres 1927. In diesen neun Monaten betrug das Zollaufkommen nach der Statistik der Reichseinnahmen rund 920 Millionen Mark. Die wichtigsten Lebensmitteldöllen waren daran mit 241,8 Millionen Mark, d. h. 26,3 Proz., beteiligt, wie die folgende Aufstellung zeigt. Es erbrachte der Zoll auf

Uebertrag 215,5 Mill. Mk.		Schmalz 4,4	
Weizen 93,7	Mill. Mk.	Rohl 4	
Roggen 28,5		Gurken u. Kürbisse 3,3	
Butter 21,9		Heringe 2,1	
Rindvieh 16,2		Honig 2	
Räse 10,8		Fischkonferven 1,9	
Zucker 9,3		Salat 1,7	
Eier 9,1		Birnen 1,6	
Rindfleisch 6,5		Geschlacht. Geflüg. 1,5	
Schweinefleisch 5,2		Schweine 1,4	
Kartoffeln 5,1		Tomaten 1,2	
Keibel 4,8		Fleischkonferven 1,2	
Belgenmehl 4,4			
Uebertrag 215,5 Mill. Mk.		Summa 241,8 Mill. Mk.	

Diese Aufstellung bezieht sich selbstverständlich nur auf die Einnahmen des Reichs aus den Zöllen; sie sind nicht der Gewinn, den die inländischen Produzenten durch die Zölle erzielen, der ein Vielfaches davon beträgt, weil auch die ganze Inlands-erzeugung durch den Zoll versteuert werde. Außerdem umfaßt unsere Liste nicht die Einnahmen aus den Futtermittelzöllen, ferner aus einer Reihe von Zöllen, die man als Zölle auf den Luxusverbrauch zu bezeichnen pflegt, und aus den Finanzzöllen, d. h. den Zöllen, deren Sinn vornehmlich darin besteht, Einnahmen für die Reichskasse zu erzielen. Die Zölle auf Futtermittel waren in diesem Jahre ungewöhnlich ertragreich. Es erbrachte der Zoll auf

Futtermittel	24,2	Mill. Mk.
Hafer	12,2	
Rais	52,6	
Zusammen	89,0	Mill. Mk.

Als Waren des sogenannten Luxuskonsums von Gegenständen täglichen Bedarfs, die einen recht erheblichen Zollertrag haben, nennen wir die Zölle auf

mit einem Ertrage von		
Apfelsinen	4,3	Mill. Mk.
Korinthen und Rosinen	2,2	
Weintrauben	2,1	
Betrocknete Pflaumen	2,1	
Zusammen	10,7	Mill. Mk.

Rechnet man die Einnahmen aus diesen beiden Warengruppen denen aus der ersten Liste hinzu, so ergibt sich, daß die Lebensmitteldöllen und Futtermittelzölle am Zollaufkommen mit über 37 Proz. beteiligt sind. Hinzu kommen die Zölle auf alkoholische Getränke.

Braugerste brachte	7,9	Mill. Mk.
Rais	5,9	
Hopfen	1,4	
Bier	1,5	
Spirituosen brachte	3,4	
Weine	60,9	
Zusammen	81,0	Mill. Mk.

Noch größere Erträge bringen natürlich die eigentlichen Finanzzölle auf ausländische Genussmittel.

Kaffee brachte	125,1	Mill. Mk.
Tabak	57,6	
Kakao	19,0	
Tea	9,0	
Pfeffer	2,3	
Kaviar	1,6	
Zusammen	214,6	Mill. Mk.

Auf die hier aufgeführten Zölle entfallen insgesamt über 70 Proz. der gesamten Zolleinnahmen. Von den sonstigen Zöllen, die insgesamt rund 280 Millionen Mark erbrachten, entfallen rund 80 Millionen Mark auf die Zolleinnahmen aus Holz und Mineralölen. Vergleicht man unsere Ergebnisse mit denen der amtlichen Statistik für 1926, so wird deutlich, daß sich die Struktur der Zolleinnahmen im ganzen nicht geändert hat. Die Einnahmen des Reichs aus den Zöllen auf Industrieprodukte sind gering, und die gegenseitigen Ausführungen der Gegner der Industriegollerhöhung ebenso wie die Bemerkungen des Finanzministers beruhen auf Tatsachenentstellung oder Unkenntnis.

Sie bukten ja so schwer

Wären Sie rechtzeitig auf alle Anzeichen, damit sich kein chronischer oder Bronchialasthma entwickeln kann. Täglich mehrmals 15-20 Tropfen von dem neuen Reichels Hustentropfen, der kräftiger, schmerzlos über den Dufteffekt in die bei der Heilung, Schlemmandlung, Kautschu, ein Tropfen in die rechte aufhängen u. reißend wirkt. Sie haben in Wort u. Tat, aber erst nur mit „Reichels“ und der Firma Otto Reichel, Berlin SO, Ullrichstr. 4

Die Löhne der Reichsarbeiter.

Die Reichsregierung gegen eine allgemeine Lohnerhöhung.

Genosse Stetter vom Vorstand des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter sprach in einer zahlreich besuchten Versammlung der Reichsarbeiter am Dienstag in den Kammerfälen. Der Referent schilderte, gestützt auf beweiskräftiges Material, die Notwendigkeit einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Reichs- und Staatsarbeiter. Unter den 782 Orten, in denen Reichsarbeiter beschäftigt sind, sind nur 12 Orte die Stundenlöhne der ungelerneten Arbeiter über 64 und die der gelernten über 80 Pf. In insgesamt 357 Orten werden heute noch Stundenlöhne unter 50 Pf. für den ungelerneten und unter 63 Pf. für den gelernten Arbeiter gewährt. Mit besonderem Nachdruck wurde von dem Referenten als auch in der darauffolgenden Diskussion immer wieder hervorgehoben, daß in Anbetracht dieses hier vorgelegten Materials mit ökonomischen Lohnausgleich den Reichs- und Staatsarbeitern nicht gedient ist, sondern daß eine allgemeine Lohnerhöhung eintreten muß.

Es wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der die Versammlung den Reichsfinanzminister Dr. Brücker daran erinnert, daß er immer wieder von „sozialem Verständnis“ gesprochen hat und dies in der Frage der Lohnerhöhung vollständig vernachlässigt. Die Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter bleiben so stark hinter den Löhnen vieler Arbeitergruppen an allen Orten Deutschlands zurück, daß, abgesehen von der Teuerung, schon aus diesem Grunde eine allgemeine Lohnerhöhung notwendig ist. Dem Reichsfinanzminister rufen wir zu: „Wollen Sie nicht Ihre letzten bisshen Kredit bei den Reichs- und Staatsarbeitern verlieren, dann ändern Sie Ihre Stellung in dieser Frage der Lohnerhöhung. Die Reichs- und Staatsarbeiter haben Langmut genügend gezeigt. Jetzt ist ihre Geduld am Ende.“

Lohnbewegung der Reichs- und Staatsarbeiter.

Die im Deutschen Verkehrsband organisierten Reichs- und Staatsarbeiter nahmen am Donnerstag in einer überfüllten Versammlung in den Residenzfestsälen zu dem bisherigen Verhandlungsergebnis mit den Regierungsvertretern resp. den zuständigen Ministern über ein zwischenstaatliches Lohn-erhöhung Stellung.

Der Referent, Kollege Ballenthin vom Bundesvorstand, schilderte in eingehender Weise die Schwierigkeiten, die sich dieser Bewegung entgegenstellen. Trotzdem müsse alles versucht werden, für die seit April eingetretene außerordentliche Teuerung einen Ausgleich zu schaffen. Ohnehin bedürfte es einer völligen Abkehr von der bisherigen Lohnpolitik im Reichsfinanzministerium, die dazu geführt habe, daß in einigen Orten des Reiches die Löhne der Reichsarbeiter gerade den Stand der Vorkriegszeit erreichten, ja sogar noch darunter liegen.

Eine Fülle von Material, das auf diese unhaltbaren Zustände Bezug nimmt, haben die Organisationen dem Reichsfinanzminister unterbreitet. Allgemeine Entrüstung löste es aus, als von der Versammlungsleitung eine Entschließung der Schleswiger Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes verlesen wurde, worin der Reichsfinanzminister ersucht wird, Lohnforderungen der Arbeiter abzulehnen.

In einer eingehenden Entschließung, die gegen eine kleine Minderheit, der diese Entschließung nicht scharf genug war, Annahme fand, sprachen die Versammelten die Erwartung aus, daß das Reichsfinanzministerium und die Reichsregierung ihren bisherigen Standpunkt aufgeben und einer gerechten Lohnerhöhung zustimmen. Nach einem Protest gegen die arbeiterfeindliche Haltung der genannten Ortsgruppe des DVB, erklärten die Versammelten, daß nur eine - alle Reichs- und Staatsarbeiter einschließend Post und Eisenbahn - erfassende Organisation imstande ist, ihre Interessen zu vertreten und ihre Lebenslage zu verbessern. Sie begrüßen daher die Bemühungen des Vorstandes des Deutschen Verkehrsbandes, den Zusammenschluß der in Frage kommenden Organisationen herbeizuführen, um so einen genügenden Schutzwall gegen alle Angriffe zu bieten. Sie erwarten von den Mitgliedern der anderen Organisationen, ihre Vorstände auf den Weg des Zusammenchlusses zu drängen, um endlich für die Reichs- und Staatsarbeiter menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen.

Deutschnationale Versammlungsprenge!

Beim DdM. müssen sie fliegen lernen.

Am Donnerstag veranstaltete die Ortsgruppe Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten wiederum einige gut besuchte Kundgebungen zur Angestelltenversicherungswahl. In Mariendorf, Reinickendorf-West und Schöneberg legten die Kollegen Schröder, Dr. Herz, Hausferr, Kuttner, Karsten und Meier die Forderungen des AAV-Bundes zur Ausgestaltung der Angestelltenversicherung dar und hielten dabei scharfe Abrechnung mit den gegnerischen Angestelltenverbänden. Auch in diesen Kundgebungen wurden die mit großem Beifall aufgenommenen Referate von Gefängnis der Arbeiterkammer umrahmt. Hatte der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in der

Kundgebung in Köpenick ohne Erfolg versucht, die Kundgebung des DdM. zu sprengen, so versuchte er mit einem noch größeren „Sturmtrupp“ in der Kundgebung in Schöneberg sein Ziel zu erreichen; aber auch hier schlug dieser Versuch fehl. Trotzdem der Sturmtrupp des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes unter Leitung von prominenten Führern des DdM. stand, mußten auch diese Ruhestörer aus dem Saale geschafft werden.

Die Zeiten sind eben vorbei, in denen der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband die Versammlungen des Zentralverbandes der Angestellten stören oder sprengen konnte. Die Herrschaften dürfen sich über die ihnen zuteil gewordene Behandlung weder wundern noch aufregen, denn es stand die Sprengungsabsicht von vornherein fest. Der DdM. hätte in einem vertraulichen Rundschreiben seine Mitglieder aufgefordert, zu solcher Sprengungsaktion zur Verfügung zu stehen. In diesem Rundschreiben heißt es:

„Bis zum 17. Oktober wollen Sie bitte ein Verzeichnis derjenigen Kollegen einreichen, die beim Sturmtrupp (Besuch gegnerischer Versammlungen) Verwendung finden können. In das Verzeichnis wollen Sie bitte die genaue Anschrift und Mitgliedsnummer des Kollegen aufnehmen. Soweit es möglich ist, wollen Sie auch die Fernsprechnummer, unter welcher der Kollege zu erreichen ist, angeben.“

Dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, der im gegenwärtigen Wahlkampf mit Lug und Trug gegen die freien Angestelltengewerkschaften arbeitet, ist diese Niederlage zu wünschen. Den Angestellten aber sollte dieses Verhalten des DdM. der beste Beweis dafür sein, daß es demselben gar nicht darauf ankommt, sachlich seine Forderungen zu vertreten, sondern daß er (allerdings vergeblich) versucht, an die Stelle des Geistes die Faust zu setzen. Die kampffreudige und begeisterte Kollegenschaft des DdM. wird entgegen solcher Methoden dafür sorgen, daß sich die Angestellten mehr und mehr unter dem Banner der freigewerkschaftlichen Idee sammeln. Sie werden auch für einen vollen Wahlerfolg der Liste des DdM. sorgen.

„Bierzigttausend polnische Landarbeiter nach England.“

Vom Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben: Bei der Bernehmung der Sachverständigen für landwirtschaftliche Arbeiterfragen im Enqueteauschuß des Reichswirtschaftsrates spielte auch die Frage der ausländischen Landarbeiter eine große Rolle. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Arbeitgeberverständigen vertrat die Ansicht, daß der Nachfruchtbau in der jetzigen Ausdehnung nur weiter betrieben werden könne, wenn genügend ausländische Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Um die üblichen Argumente um ein neues zu bereichern, sagte Herr von Wangenheim-Hessen, daß England zur Förderung seiner Zuckerrübenkultur 40 000 polnische Landarbeiter heranziehen wolle.

Angeichts der riesigen Arbeitslosenziffer Englands erschien uns diese Angabe reichlich nachprüfenswert. Eine Anfrage an den englischen Landarbeiterverband bestätigte unsere Zweifel. Der Generalsekretär der National Union of Agricultural Workers, Herr R. B. Walker, schreibt kurz und bündig, daß ihm nichts bekannt ist von irgendeiner beabsichtigten Einfuhr von polnischen Landarbeitern. Durch unseren Brief hörte er das erstemal von der Angelegenheit. Gewiß könnten auf dem Lande mehr Landarbeiter gebraucht werden, zum mindestens unter den gegenwärtigen Verhältnissen.

Damit ist die Berufung der Arbeitgeber auf England hin, fällig geworden. Die Arbeitgeberverständigen werden wohl nach dieser authentischen Mitteilung ihre falschen Informationen nicht weiter verbreiten.

Wahlung DdM.-Wahlkreis Alle Parteigenossen, die Mitglieder des Reichsvereins (11) sind, treffen sich am Sonntag, 6. November, 10 Uhr, im Restaurant „Königstr.“ (Hofarbeiter-Verbandshaus). Parteiausweis ist mitzubringen. Der Wahlort ist: ...

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltungen: Kreis Obersee: Jugendheim Baumgartenweg, Charlitz, 16. Um 19 Uhr Mahlsabend der Kreisjugendgemeinschaft. - Südwestkreis: Um 19 1/2 Uhr im Jugendheim Pöckstr. 11 (Haberfeldstraße). - Morgen, Sonntag, für die Kursteilnehmer um 10 Uhr Besichtigung der ECHO-Werke, Berlin-Prig.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Funktionsversammlung Sonntag, 7. November, pünktlich 19 Uhr, in der Aula des Friedrich-Real-Gymnasiums, Mittenwalder Str. 34. Genosse Dr. Th. von Spritz über: „10 Jahre Sowjetrepublik - eine Bilanz.“ Interessierte Genossen sind eingeladen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

heute, Sonnabend, 5. November:

Heilspfad 11 Treffpunkt zur Flugblattverteilung 17 1/2 Uhr „Sozialisten“, Tambourstraße 19 Uhr Altesheim Donsiger Str. 62. - Tempelhof: Jünglingskursus 19 1/2 Uhr im Heim.

Werbegebiet Schöneberg: Besuch des Pianistars. Treffpunkt 19 Uhr dortselbst am Eingang.
Werbegebiet Köpenick: Treffpunkt zum Verbrüderung der Partei 17 1/2 Uhr Jugendklub Köpenick. Reliöse Beteiligung aller Mitglieder ist notwendig.
Werbegebiet Reinickendorf: Funktionslehrgang im Heim Ranne Str. 18 1/2 Uhr. Aufrich Streichorprobe. Alle Beteiligten müssen erscheinen.
Werbegebiet Kreuzberg: Treffpunkt zur Demonstration mit der Partei 17 1/2 Uhr Fontaneplatz. Jeder muß zur Stelle sein. 20 Uhr Kreisvorstandssitzung im Lindenbaum.
Werbegebiet Prenzlauer Berg: Heim Donsiger Str. 62 19 Uhr Werbegebietsfunktionslehrgang. Thema: Geschichte und Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterjugend. Sonntag 9 Uhr Fortsetzung des Kurses. Die Funktionäre müssen sich an diesen beiden Veranstaltungen beteiligen.
Werbegebiet Tiergarten: Werbeausstellung. Treffpunkt 17 1/2 Uhr Kleiner Tiergarten. Alle müssen sich beteiligen. Morgen Flugblattverteilung.
Werbegebiet Fontane: Funktionslehrgang im Heim Köpenick 14. Geschichte und Aufgaben der SAJ. Morgen, Sonntag, 9-11 Uhr, Kultur und praktische Arbeit.

Morgen, Sonntag, 6. November:

Gesundbrennen: 13 1/2 Uhr Treffpunkt Dönhofsplatz Ecke Christianstraße zur Demonstration im Humboldthain. Gefährten aller ist Pflicht. - **Warten:** 19 1/2 Uhr Treffpunkt Schule Fuldauer Str. 3 zur Demonstration. - **Köpenick:** 19 1/2 Uhr Genossen und Genossinnen treffen sich in den ihnen zugewiesenen Abteilungen zur Flugblattverteilung. Abendveranstaltungen im Lindenbaum. - **Reinickendorf:** Heim Eichenstr. 3. - **Südwest:** Heim Eichenstr. 3. - **Tempelhof:** Heim Germaniastr. 4. Heimabend 19 Uhr. - **Reinickendorf:** Heim Eichenstr. 3. Treffpunkt 8 Uhr Bahnhof Reinickendorf. - **Reinickendorf IV:** Die Fahrt fällt aus. Folgt findet eine Schmitzlohn am 20. d. M. statt. Reizes wird in der Gruppe bekanntgegeben. - **Reinickendorf-Öst:** „Erebe“, Reizesstraße. Heimabend. - **Reinickendorf-West:** Heim Eichenstr. 1. Heimabend. - **Tempelhof:** Heim Bahnhofstraße 15. Heimabend 18 Uhr. - **Fontane-Wald:** Heim Köpenick 14. Heimabend.
Werbegebiet Kreuzberg: Lindenbaum 19 1/2 Uhr „Kraft aus Klitter und Jüngere Welt.“ Anlohnabend 15 Pf.
Werbegebiete Osten und Köpenick: 19 1/2 Uhr Kundgebung „Jugend und Revolution.“ Schulaula Frankfurter Allee 31. Alle Abteilungen müssen sich beteiligen.
Werbegebiet Köpenick: Treffpunkt zur Kundgebung „Jugend und Revolution.“ 18 Uhr Bahnhof Strauß-Kammerstraße.
Werbegebiet Reinickendorf: Kundgebung 15 Uhr im Heim Köpenick. Köpenick 14. Alle Abteilungen müssen unbedingt vertreten sein. 18 1/2 Uhr im selben Heim Duster Abend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin S 14, Seebastionstr. 37/38, Tel. 2 27.
Waldpark-Abt.: Das Wintertraining der Ruberzüge hat begonnen. Jährliche Fotoausbauten ist es möglich, nach einige sportliche Kameraden aufzunehmen. Abteilungen der Kameraden Riemer, Berlin O 54, Hausburgstr. 19. - **Sonnabend, 5. November:** Prenzlauer Berg: 20 Uhr (amtliche Funktionäre der Republik im Berlinheim, Georgplatz Reichshaus). **Reinickendorf:** 1. Kameradschaft, 3. Zug: Treffen der Kameraden mit Damen und Angehörigen im Jugalokal von Kamerader, Kaiser-Friedrich-Str. 212. - **Sonntag, 6. November:** Prenzlauer Berg: 14-15 Uhr alle Mitglieder der Republik am Spoz. Charfentag; 9 Uhr Treffen der gesamten Jugend und Schulpfester auf dem Stadtplatz Sportplatz an der Kossobahn. **Reinickendorf:** 10 Uhr Treffen Schönehaus. **Waldpark (Kameradschaft):** Sportgruppe 9 Uhr auf dem Weg gegenüber dem WTB-Platz an der Birkenallee Handballtraining. - **Reinickendorf, Köpenick:** Sozialklub bei der Werbeveranstaltung der SPD. **Reinickendorf:** Kamerader Bogel, Treffen: 19 Uhr Bahnhof Köpenick. **Waldpark (Kameradschaft):** Sportgruppe 19 Uhr Zusammenkunft im Jugendheim Kossobahn. - **Waldpark-Abt.:** Sonntag, 6. 6., 14 Uhr, findet im Festsaal der Kustrogung des zu Protest gegenangenen Reimans statt. Alle Kameraden der Ruberzüge müssen pünktlich um 14 Uhr im Festsaal sein.

Freie Vereinigung von Eisenrathen. Sitzung Sonnabend, 5. November, 20 Uhr, beim Kochenden G. Fernnd, Dalesen, Westfälische Str. 7a. Vortrag: 1. Des Wirtschaftlichen Werten und Geschwindigkeit. 2. Eisenrathen um Anstalt, Maße willkommen.
Reinickendorf: 11. nährlicher Sitzungabend. Gäste willkommen.
Reinickendorf: der Arbeiter-Abteilung, Kreisfunktionsleiter und Kreisratgeber. **Mittwoch:** Bezirk Zentrum: Sonntag, 7. November, Waisenbater Hof, Hofenstraße Str. 12. Monatsversammlung, Bericht vom Sonntag.
Arbeiterverein für Biochemie und Lebensreform: Referat über „Die Frau und die Wissenschaft“ Mittwoch, 8. November, 20 Uhr, bei Arlander, Vankstr. 10. **Schwarz-Rot-Gold:** Mittwoch, 9. November, 20 1/2 Uhr, Hotel Atlas, Friedrichstr. 166. Eine Jena-Veranstaltung. Eintragsfeier.
Arbeiter-Kameradschaft e. S., Kolonne Berlin e. S., Monatsversammlung: haben nachstehende Abteilungen: **Sonnabend, 5. November:** Spandauer bei Gupke, Lutherplatz. **Waldpark, 7. November:** Tempelhof-Mariendorf bei Lindlich, Mariendorf, Königsstr. 44. **Dienstag, 8. November:** Hermsdorf bei der Turnhalle Kossobahn. **Wedding bei Berlin, Schulstr. 12. Mittwoch, 8. November:** Friedrichshagen im Jugendheim Köpenickstraße. **Witte im Reichshaus-Mariendorf, Mariendorfplatz. Donnerstag, 10. November:** Fontane im Jugendheim Köpenickstraße. **Tempelhof im Lokal Lindenbaum Ecke Guckelhofe. Freitag, 11. November:** Köpenick bei Huthof, Huthof Str. 16. **Stralitz bei Schmidt, Uckerfelder, Kossobahn. Sonntag, 13. November:** Bahnhof im Lokal Waltersdorf Str. 100. **Mittwoch, 15. November:** Köpenick bei Stippelhof, Schönerlinder Straße 3. **Waldpark bei Glitzer, Charlottenburg Ecke Tasselsberg. Schöneberg bei Huthof, Uckerstr. 16. Kreuzberg bei Duxer, Wilmersstr. 38. Dienstag, 15. November:** Wilmersdorf bei Heger, Diermannstraße. **Reinickendorf, 18. November:** Reinickendorf im Volkshaus Köpenickstr. 114. - Beginn der Versammlungen 19 1/2 Uhr.

Sophien-Säle
Sophienstr. 18 + Norden 9296 u. 12643
Für Vereine und Versammlungen in jeder Größe



In der Tat... ein guter Rat!

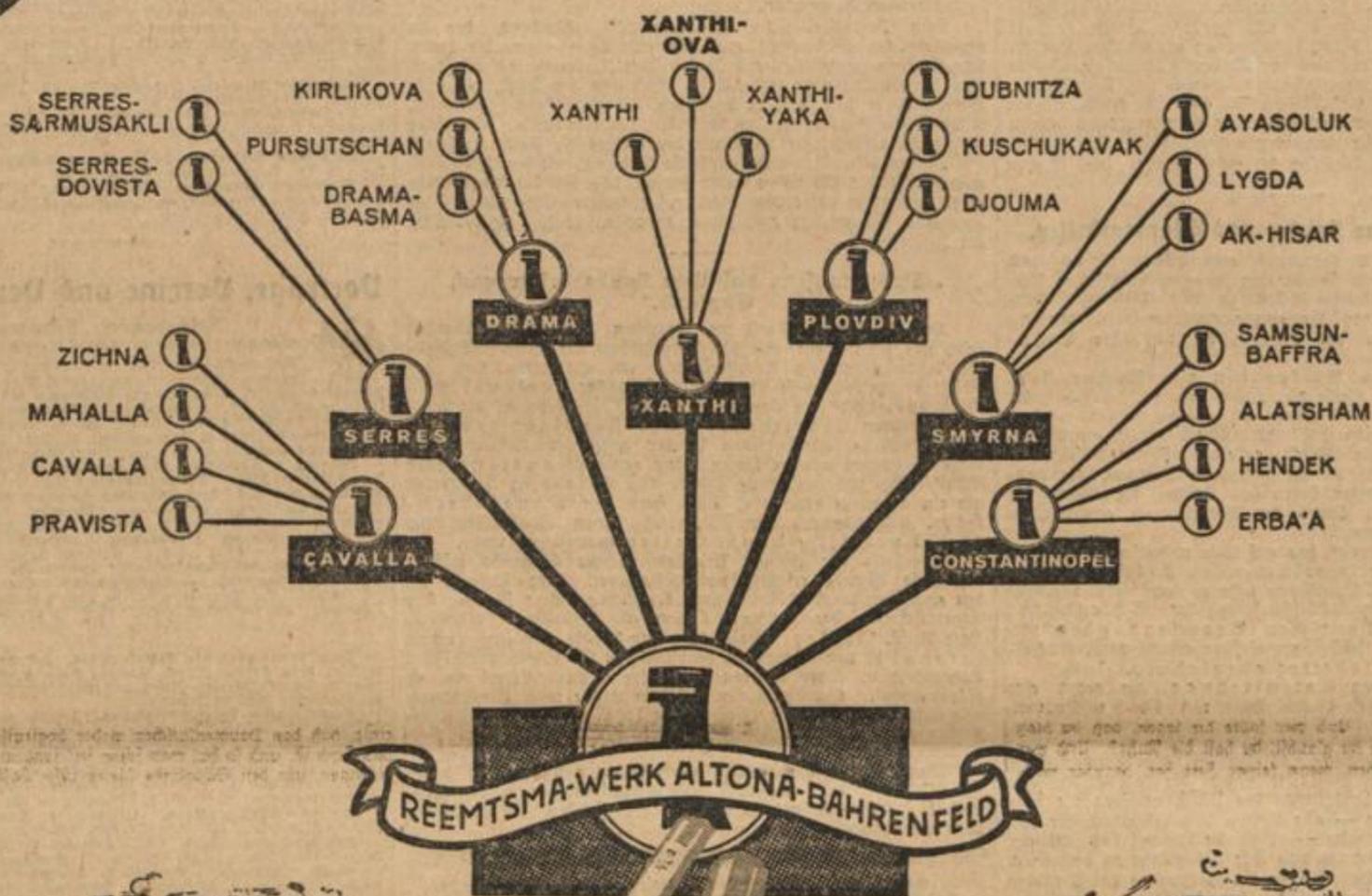
Probieren Sie mal Massary Privat!
Wenn Sie bisher der Meinung waren, daß man sich von einer 4-Pfg.-Zigarette nicht viel versprechen darf, wird dieser Versuch für Sie besonders interessant sein.
Gerade der wirkliche Tabakkennner wird zugeben müssen, daß diese Marke weit über landläufige Begriffe hinaus hochwertig und genußreich ist. Es lohnt sich, ihre Bekanntheit zu machen.

Massary-Privat
* 4-S *
Ohne Mundstück rund und flach

Das ist Tabak! (Urteilen Sie selbst!)

Die Orient-Organisation

zur Beschaffung der Tabake für die
Reemtsma A.-G.



REEMTSMA-WERK ALTONA-BAHRENFELD



REEMTSMA

CIGARETTEN

OWA

im **Anaberenformat**
5 Pf.

Die Strommaschine.

(Aus dem Roman: Heinrich Volkmann.)

Von Erich Gripar.

Heinrich packte die Arbeit, an der er herumbastelte, fort. Dann ging er zu Langbein.

„Sag' mal, was soll das eigentlich werden, was du da zurecht-murtst?“

„Hier diese Strommaschine,“ und ganz Schöpferstolz, holte er aus seiner Brusttasche eine zerknitterte Zeichnung hervor, die er irgendwo aufgetrieben hatte.

„Und du glaubst, die funktioniert?“

„Wenn ich sie doch genau nach Zeichnung mache.“

„Wäre es nicht doch besser, du sparstest dir 10 Mark und kaufstest dir einen Dynamo?“

„Ja, es macht doch mehr Spaß, wenn man ihn selbst macht.“

„Run, deinen Spaß will ich dir nicht nehmen, aber sag' mal, hättest du Lust, die Brücke, die wir jetzt angezeichnet haben, auch selbst zusammenzubauen und zu nieten?“

„Nein.“

„Macht es dir denn keinen Spaß, eine Brücke zu bauen?“

„Ja, aber zusammenschrauben und nieten ist nicht meine Arbeit. Das machen die anderen besser und schneller.“

„Dann hast du aber die Brücke nicht gebaut, sondern der Rieter.“

„Doch, der Techniker sagt auch, ich habe die Brücke gebaut, und er hat nur die Zeichnung ausgezogen, die der Ingenieur entworfen hat.“

„Und mein Vater sagt auch, wenn ich mit ihm durch die Stadt gehe, diese Brücke hab' ich gebaut und dieses Haus und diesen Kran; und er war bloß Kolonnenführer auf der Montage. Ich glaube, jeder kann sagen: Ich habe diese Brücke gebaut, der, solange daran gebaut wird, nichts anderes tat, als an ihrer Vollendung zu helfen.“

„Dann hat jeder an der Brücke gebaut. Aber keiner hat die Brücke gebaut.“

„Das ist dasselbe. Jeder muß das machen, was er am besten machen kann, dann wird das Ganze das Beste und Billigste.“

„Ja, dann laß doch den Dynamo von dem machen, der ihn am besten und billigsten machen kann.“

„Ich will ihn aber doch selbst machen.“

„Denk' aber doch mal an, wenn jeder alles selbst machen wollte, wo kämen wir da hin? Da müßtest du ja nach Ägypten laufen und selbst die Baumwolle pflanzen, damit du dir einen Anzug weben und schneiden kannst. Und ehe du ihn fertig hättest, müßtest du schon wieder Baumwolle pflanzen für den nächsten Anzug. Du hättest kaum Zeit, die Bäume zu säen, aus denen du dir Haus und Möbel zimmerst. Und müßtest Kartoffeln bauen und Gerste, und wenn du mal ein Buch lesen wolltest, müßtest du es erst selber schreiben. Aber dazu hättest du schon gar keine Zeit. Wer aber sollte die Brücken bauen und die Dynamos? Und wer sollte dir sagen, daß du bloß einen Durchfall hast, wenn du glaubst, du hast die Ruhr? Und wer sollte dir eine Brille machen, wenn keiner Zeit hat, darüber nachzudenken, wie man aus schlechten Augen gute machen kann und aus einem kranken Körper einen gesunden?“

„Die anderen machen sich doch alles selbst. Der Schmied hat erst gestern wieder einen Bügelbolzen für den langen Horstmann gemacht, und der Dreher hat einen schönen Briefbeschwerer gedreht, und alle machen sich was.“

„Das sind einfache Dinge und Epistelerien. Die macht man, wenn man Langeweile hat oder das Geld sparen will, sie zu kaufen. Du wüßtest aber doch eine Maschine bauen, von deren Wesen du keine Ahnung hast.“

„Und ich bau' sie mir doch,“ dachte der Junge. Aber Langbein mußte, daß er so dachte und fuhr fort: „Du sollst sie ja auch bauen, aber doch nur den Teil daran, den du bauen kannst.“

„Welchen Teil denn?“

„Alle, aber warte erst ab. Du brauchst doch Kupfer für deine Maschine?“

„Ne ganze Menge sogar.“

„Wie müßt du denn daran kommen?“

„Ich geh' in'n Laden und kauf' mir's.“

„Wo hat es aber der Laden her?“

„Von der Fabrik.“

„Und die?“

„Von Amerika oder Rußlands. Ich glaube, auch in Deutschland gibt's welches.“

„Na, das ist ja auch egal. Denk' aber mal, das Kupfer muß einen Weg von Amerika nach Deutschland machen, ehe du es im Laden kaufen kannst. Es kommt auf großen Schiffen — wird in Rotterdam oder Hamburg mit großen Kränen und Baggern umgeladen. Und dann?“

Heinrich dachte: was hat das alles mit meiner Strommaschine zu tun? Aber er antwortete doch: „Dann bringt es die Bahn zur Hütte und zum Walzwerk.“

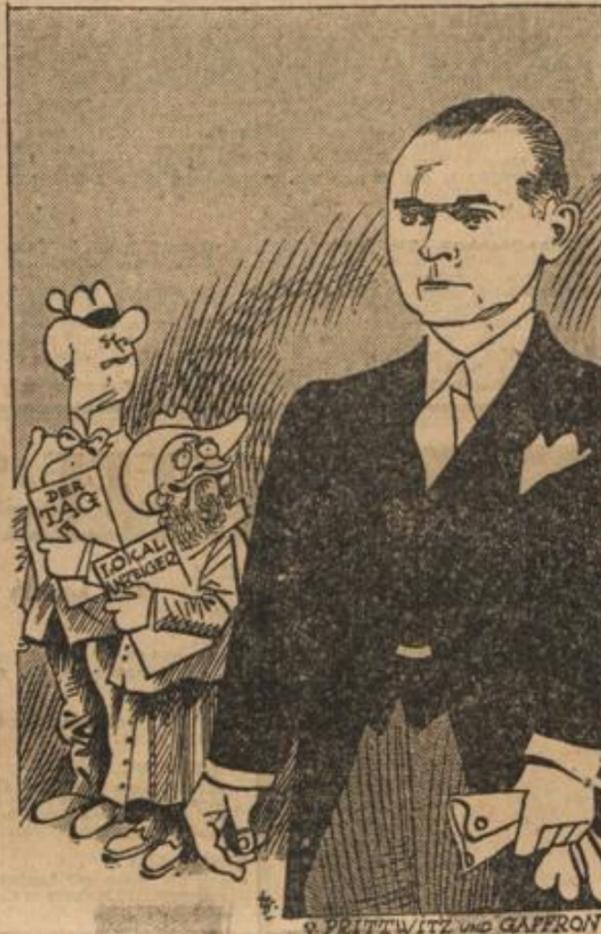
„Siehst du, die Bahn fährt über Brücken und Bahnhöfe an die Verladerrampen heran und unter die großen Kräne, die wieder das Kupfer packen und forttschaffen. Und diese Brücken und Bahnhöfe und Verladerrampen und Kräne bauen wir. Und glaubst du, das ist nichts? Und was denkst du, wo dein Kupfer bleibt, wenn wir keine Brücken und Kräne mehr bauen? Glaubst du nun noch, daß dein Anteil an der Strommaschine geringer ist, als der des Elektrotechnikers, wenn er auch die Maschine baut?“

„Nein,“ sagte Heinrich, und seine Augen hatten Glanz.

Etwas veränderte sich in ihm. Ohne daß er gleich die Worte dafür fand, fühlte er die Verbundenheit aller Dinge. Er fühlte, daß, wenn er beim Bau einer Brücke half, er nicht nur von dieser Brücke lagern konnte: Bei ihrem Bau habe ich geholfen, sondern daß er teil hatte am Werden aller Dinge, die über diese Brücke transportiert werden sollten. Daß er mit dem fernem Chinesen, der hinten in China seinen Reis und seinen Tee baut, und dem Farmer, der in Australien Baumwolle pflanzt, und dem Schweden, der hoch im Norden Erz gräbt, verbunden ist durch die Arbeit; denn Reis und Tee, Baumwolle und Erz, alles muß seinen Weg über die Brücken nehmen, ehe es im Bedarf der ganzen Welt aufgeht. Und selbst die Künstler, die Maler und Dichter, zu deren er noch mit dem Respekt derer aufschah, die die Rechte des Lebens nicht kennen, waren ihm mit einem Male näher gerückt; denn auch sie, die die personifizierende Freiheit zu sein scheinen und mit großen Ansprüchen an das Leben herantreten, sind gebunden in diesem Kreislauf aller Dinge, in dem auch Heinrich ein gültiges Glied ist, wenn er auch einstweilen nur ein kleiner unbedeutender Lehrling in einer unbedeutenden Fabrik war.

Stolz schwellte seine Brust, und mit neuen Augen sah er nun alle Fehler an der begonnenen Maschine, und das Bewußtsein, sie doch nie oder nur sehr unvollkommen fertig bekommen zu haben, froch in sein Gefühl, und ohne die geringste Behmut packte er die begonnenen Teile und warf sie in den Schrottkasten. Da lagen sie nun und lagen kläglich aus. Nun, er hatte eine schlechte Maschine gebaut und fortgeworfen. Morgen würde er eine gute Brücke bauen, und die sollte bestehen.

Hugenberg-Journalisten.



„Und so was soll uns im Ausland vertreten, ein Adliger, der sich 1918 zur Republik bekannt hat. Die Amerikaner müssen uns ja für verrückt halten.“

Selbstmord als Todesstrafe.

Im Gebiete der reinen Profitvernunft, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, bietet sich den Anhängern der Todesstrafe und anderen nerotischen Naturen ein reichhaltiges Anschauungsmaterial über die zweckmäßigste — humanste hier zu sagen wäre Notzucht am Wortsinne —, also über die zweckmäßigste Art der justiztlichen Vernichtung von Menscheneben. Das bei uns übliche Köpfen ist den Amerikanern schon längst nicht modern genug gewesen. Ebensovornig aber genügt dem Partikularismus der Unionstaaten der elektrische Stuhl, den man übrigens selbst drüben kein einheitliches Lob singt, und der daher auch nicht im Gesamtgebiet der USA zur Vollziehung der Todesstrafe benützt wird. Es lassen sich vielmehr in den Vereinigten Staaten studieren: die Hinrichtung durch Erhängen, Erhängen, Erhängen mit Blausäuregas, Vergiftung mit Blausäure, Kohlenoxyd-gasvergiftung, und endlich durch Elektrizität. Das sind zusammen sechs verschiedene Methoden der Hinrichtung, die aus dem Fleische der Bemühten um das Objekt zu praktischer Wirksamkeit erhoben wurden.

Doch damit nicht genug. In manchen nordamerikanischen Staaten tut man außerdem mehr: man bleibt eingebend der Lehren der Philosophie, achtet ihr Axiom von der Willensfreiheit und überläßt folglich dem zum Tode Verurteilten die Wahl seiner Hinrichtungsart. So zum Beispiel im sehr christlichen Staate Utah, wo dem Hinzurichtenden die Wahl zwischen dem Erhängen und Erhängen bleibt. Noch fortschrittlicher ist man lange Zeit im Staate Nevada gewesen, der seine Hinzurichtenden vermittelst Blausäure vom Leben zum Tode zu befördern pflegt. In den Jahren 1911 bis 1926 forderte er seine Delinquenten zum — Selbstmord vermittelst des staatlich gelieferten Giftes auf, indem in seine Zelle eine Flasche Blausäure mit der Aufschrift gestellt wurde: „... Dies darfst du einnehmen, um das Todesurteil, das gegen dich ausgesprochen wurde, selbst zu vollziehen.“ Diese Zumutung ist scheinbar auch den hartgesottensten Sündern zu toll gewesen, denn seit diesem Jahre wird sie nicht mehr praktiziert. Vielmehr läßt Nevada die Todesstrafe jetzt vollziehen, indem der Verurteilte im Schlafe mit Blausäuregas vergiftet wird. Er bekommt mit seiner letzten Wahlzeit ein Schlafmittel und wird dann, wenn er das Bewußtsein verloren hat, in eine Gaszelle gebracht, die er nicht mehr lebend verläßt. Da Kohlenoxydgas den geistlichen Nord noch schneller und sicherer bewerkstelligen soll, wird zur Zeit erwogen, es an Stelle der Blausäurevergiftung zu verwenden.

Im übrigen ist im Hinblick auf die jetzt bei uns aktuelle Debatte über die Todesstrafe interessant, daß in den Vereinigten Staaten vor einigen Jahrzehnten eine heftige Auseinandersetzung über die Frage stattgefunden hat, ob nicht die Todesstrafe „humaner“ sei als lebenslängliche Einsperrung. Damals siegten die Freunde des elektrischen Stuhles und seiner Konkurrenzmittel, sie bekamen die Mehrheit für ihre immerhin ungewöhnliche Auffassung von Menschlichkeit. Inzwischen aber hat gerade die Praxis des elektrischen Stuhles soviel gelehrt, daß man auch in den USA, die Menschlichkeit nicht mehr nennt, wenn man der Todesstrafe die Rede ist.

Genosse Paul Böbe hat kürzlich den beachtenswerten Vorschlag gemacht, es solle ein internationales Gesetz geschaffen werden, das bestimmen müsse: alle Staatsmänner, Diplomaten und Politiker, die mitschuldig am Ausbruch eines Krieges seien oder ihn wenigstens nicht mit allen Mitteln zu verhindern versucht hätten, seien unverzüglich zum Dienste an der Front bestimmt. Wie wäre es mit einem ähnlichen Besetze: alle Parlamentarier, die für die Todesstrafe eintreten, sind verpflichtet, während der Dauer ihres Mandats familiären Hinrichtungen in ihrem Lande beizuwohnen? Und wenigstens einmal selbst den Henker zu spielen?

Das stärkste Licht.

Der Mensch hat es jetzt fertiggebracht, eine Sonne herzustellen. freilich nur ein winziges Abbild der Leben spendenden Himmelsleuchte, aber doch immerhin einen Lichtstrahl, der an Stärke dem der Sonne gleicht, und einen Hitzegrad, der dem der Sonne nahekommt. Zu Charlottesville in Amerika ist diese „menschliche Sonne“ aufgestellt: In dem Strahl eines mächtigen Scheinwerfers, der mehr als 1000 Millionen Kerzenstärke besitzt, ist eine Stelle von der Größe einer kleinen Münze, die so heiß ist wie die Sonne. Diese Hitze ist mit 10 000 Grad Fahrenheit gemessen worden. Weiskopf ist dafür nicht mehr die richtige Bezeichnung; es ist „Blauhitze“. Während die ungeheuren elektrischen Ströme um die Röhre zwischen zwei Kohlenstäben kreisen, bombardieren Elektronen einen dieser Kohlenstäbe und schaffen einen kleinen Krater an seinem Ende. Innerhalb dieses Kraters bilden sie eine Kugel, von der man annimmt, daß sie verdampftes Kohlenstaub ist, und diese Kugel ist so heiß wie das Feuer der Sonne. Der Scheinwerfer wurde von der Sperry-Groscopic-Gesellschaft ausgeführt; er war gedacht als ein Leuchtsignal für Flugzeuge. Der Strahl, der fünfmal so stark ist als irgendein anderes bisher hergestelltes Licht, enthält die Stärke von 1385 Millionen Kerzen. In einer klaren Nacht ist er fast 50 Kilometer weit sichtbar, und wenn er geradeaus in die Luft gerichtet wird, durchdringt er sogar eine Entfernung von 1500 Kilometern.

Nach dem Bericht einer amerikanischen Zeitschrift hofft man, daß dieser Scheinwerfer der Wissenschaft und der Menschheit große Dienste leisten wird. Vielleicht werden wir mit seiner Hilfe Neues über die Natur des Atoms und den Ursprung des Lebens erfahren. Auch für Wettervorhersagen hofft man ihn verwenden zu können. Während der Versuche, die man mit dem Scheinwerfer anstellte, zeigten sich seltsame Erscheinungen am Himmel. Man sah in der Atmosphäre Lichtkugeln, die vorher nicht beobachtet worden waren. Die Höhen der Wolken konnten gemessen werden, und man beobachtete Zusammenballungen von Röhre und Staub, die im Tageslicht unsichtbar sind. Wolkenfächer wurden in einer Höhe von 14 Kilometern festgestellt. Wenn diese bisher nicht beobachteten Schleier sich näher auf die Erde herabließen und zusammenziehen, entsteht Regen. Der Scheinwerfer enthält die größte Menge ultravioletter Lichts, die bisher erzeugt worden ist. Will man hineinblicken, so muß man durch einen Rahmen sehen, der ein besonders hergestelltes Glasfenster enthält. Wer so unvorsichtig wäre, seine Haut diesem Licht aussetzen, würde sofort eine Verbrennung erleiden. Nach der Aussage von Sachverständigen kann mit diesem Licht ein Flugzeug des Nachts in einer weiteren Entfernung beobachtet werden, als bei Tage möglich ist. Bei Nebel bildet dieses Licht in der Reibebahn eine Lichtinsel, die dem Flieger als rettendes Zeichen dienen kann.

Gegen die Daumenlücke. Die Freudsche Schule, die sich so eifrig mit den sexuellen Empfindungen des Säuglings beschäftigt, hat auch das Daumenlutschen als ein „unbewusstes Verlangen“ erklärt und diese bei den Kindern so häufige Gewohnheit als schädlich hingestellt, weil sie Träume bei dem Kind hervorruft und seine geistige Entwicklung verzögert. Die Zahnärzte sind der Meinung, daß durch das Daumenlutschen vielfach Kariesbildungen der Kinnbacken und der Zähne hervorgerufen werden, und daß man schon aus diesem Grunde dagegen einschreiten müsse. Jedenfalls sind sich die Ärzte darüber einig, daß das Daumenlutschen weder hygienisch noch notwendig für das Kind ist, und so hat man schon seit langem auf Mittel und Wege gefunden, um den Säuglingen dieses süße Pastier möglichst rasch abzugewöhnen. Die Annäherung von irgendwelchen bitteren und schlecht schmeckenden Nektaren war früher beliebt, genügt aber nicht mehr in unserem „Zeitalter der Technik“. Belohnungen und Strafen, die seit uralter Zeit angewendet werden, führen meist nicht zu dem gewünschten Erfolg. Kleine Mädchen gewöhnen sich das Daumenlutschen eher ab als Jungen, weil die erwachende Eitelkeit sie auf ihre Finger und Fingernägel achten läßt und sie diese nicht durch das Lutschen entstellen wollen. In Amerika hat man jetzt verschiedene Apparate gegen die Daumenlutscher erfunden, über die in „Scientific American“ berichtet wird. Der einfachste Apparat ist eine Röhre aus starker Pappe, die den Ellenbogen wie eine Manschette bedeckt und festgemacht ist. Das Kind kann dann nicht den Arm so biegen, daß es den Daumen in den Mund stecken kann. Solch eine Röhre kann man sich selbst fertigen; es gibt aber auch Röhren in allen Farben mit Befestigungsvorrichtungen zu kaufen. Ein anderer Apparat wieder schließt den Daumen fest an die anderen Finger an, so daß er nicht abgepreßt werden kann.

Wieviel rote Blutkörperchen haben wir? Die roten Blutkörperchen haben, seitdem sie vor mehr als 100 Jahren zuerst im Blut gesehen wurden, eine große Rolle in der Medizin gespielt, denn man erkannte bald, daß ihre Zahl für die Gesundheit von großer Wichtigkeit ist. Aber die Zählung dieser Blutkörperchen machte große Schwierigkeiten, und erst in neuester Zeit ist man in dieser Hinsicht zu ganz genauen Bestimmungen gekommen. Wenn die Ziffer der roten Blutkörperchen beträchtlich unter 4½ Millionen auf das Kubikmillimeter liegt, dann fällt der betreffende Person das Atmen schwer, und sie hat wenig Widerstandskraft gegen Krankheiten. Bei solchen Zahlen macht ein Unterschied von 10 000 nicht viel aus, aber größere Unterschiede sind von Bedeutung. Der amerikanische Physiologe Dr. C. D. Leake hat mit seinen Mitarbeitern von zahlreichen Studierenden im Alter von 10—30 Jahren Blutproben in ständlichen Abständen genommen. Dabei ergab sich, daß die Zahl der roten Blutkörperchen zu verschiedenen Zeiten des Tages um 345 000 bei Männern und 310 000 bei Frauen variierten kann. Eben solche Schwankungen kommen im spezifischen Gewicht des Blutes vor. Die Bestimmung solcher Schwankungen in der Zahl der roten Blutkörperchen und im Gewicht des Blutes sind von großer Wichtigkeit, um den Wechsel in dem Zustand eines Kranken festzustellen. Ein tägliches Schwanken der Zahl der Körperchen, das sich nicht über 315 000 erstreckt, ist normal; andere Schwankungen dagegen müssen als Krankheitserscheinungen angesehen werden.

Eine Sonnenwarte in einer Höhle. Ein eigenartiges Sonnen-observatorium ist von dem amerikanischen Smithsonian Institut auf dem Gipfel des Bruckaros-Berges in Südwestafrika errichtet worden. Der kraterförmige Berg erhebt sich 5000 Fuß über dem Meeresspiegel und 2000 Fuß über der Ebene. Nur wenige Siedlungen von Eingeborenen finden sich in einem Umkreis von 100 Kilometern, und der Berg selbst liegt ganz einsam und verödet. Die Wilden glauben, daß er von einer „großen weißen Schlange“ bewohnt sei. Dr. William Hoover, der Leiter dieser Warte, hat sich aber von der weißen Schlange nicht abhalten lassen, ein kleines Haus auf dem Gipfel zu errichten, in der er mit seiner Frau, seinem Töchterchen und einem Assistenten wohnt. Er arbeitet in enger Verbindung mit ähnlichen Stationen, die in Chile und Kalifornien errichtet worden sind. Der Zweck dieser verschiedenen Sonnenwarten, die sich auf so entfernten Teilen des Erdballs befinden, besteht in einer Reihe von Experimenten über Sonnenstrahlung, die für die Wetterbeobachtung von großem Nutzen sein werden. Das Observatorium selbst liegt einige Meter vom Haus entfernt und befindet sich in einer Höhle, über der eine Plattform errichtet ist. Die Plattform ist mit Fernrohren und Spiegeln aller Art bedeckt, während die Höhle durch ihre wunderlichen Apparate an ein Märchen aus Lausund und einer Nacht erinnert. Die Hauptaufgabe ist, die Gesamtwärme festzustellen, die die Sonne ausstrahlt. Wenn man erst die Veränderungen der Wärmestrahlung der Sonne in ihrem alljährlichen Ablauf genau festgestellt hat, wird man merkwürdige Schlüsse auf die Temperatur und Witterung ziehen können.

